

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Landesvorstand Rheinland-Pfalz (dort beschlossen am: 16.09.2025)

Titel: **ENTWURF LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel - 1 - Rheinland-Pfalz für alle nachhaltig gestalten**

Antragstext

Rheinland-Pfalz für alle nachhaltig gestalten

Ob an den Flussufern des Rheins, auf den Weinbergen über der Mosel, in den Feldern Rheinhessens, den Wäldern der Eifel, entlang der Weinstraße in der Pfalz oder auf den Höhen des Westerwalds: Rheinland-Pfalz ist reich an Natur. Angesichts der fortschreitenden Klima- und Artenkrise, die sich bei uns im Land mit immer häufigeren Hitze- und Dürreperioden, Starkregen und Überschwemmungen bemerkbar macht, liegt es an uns, diesen Schatz zu bewahren und der Natur wieder mehr Raum zu geben. Klima- und Artenschutz sind dabei die Grundlage für alles: Sie sichern unsere Lebensgrundlagen, unsere Gesundheit und die Zukunft unserer Kinder. Wir wollen saubere Energie aus Sonne, Wind und Wasser nutzen, unsere Städte und Dörfer klimaresilient gestalten und den Hochwasserschutz weiter ausbauen. Unsere Wälder sollen klimafest werden, Landwirtschaft und Weinbau naturnah und zukunftsfähig. Wir setzen auf regionale, gesunde Ernährung, eine tiergerechte Landwirtschaft und den Schutz der Artenvielfalt. Denn nur, wenn wir innerhalb der planetaren Grenzen wirtschaften und leben, können wir Rheinland-Pfalz auch für kommende Generationen lebenswert erhalten. Für alle, die wenig Geld haben, machen wir den Alltag etwas leichter, etwa durch vergünstigte Mobilitätsangebote. Nachhaltigkeit heißt für uns darum, dass alle heute gut

19 leben können, ohne den Menschen von morgen etwas wegzunehmen. Wir wollen ein
20 Rheinland-Pfalz, das im Einklang mit der Natur wächst – nicht auf ihre Kosten.

21 **Klimaschutz und Energie**

22 **Rheinland-Pfalz klimaneutral bis 2040 – verbindlich und gerecht**

23 Mit dem neuen Landes Klimaschutzgesetz ist Klimaneutralität bis 2040 in
24 Rheinland-Pfalz fest verankert - ein Erfolg Grüner Politik. Verbindliche
25 Reduktionspfade, klare Verantwortlichkeiten, 100 % Erneuerbare bis 2030 und ein
26 CO₂-Schattenpreis für Landesbauten zeigen: Wir machen Klimaschutz verbindlich,
27 gerecht und zukunftsfähig. So schaffen wir Unabhängigkeit von fossilen Energien
28 und sichern nachhaltigen Wohlstand für unser Land.

29 **In Klimaschutz investieren**

30 Mit unserem Konzept eines RLP-Zukunftsfonds wollen wir die Chance von neuen
31 finanziellen Spielräumen nutzen und mit kreditfinanzierten Mitteln gezielt in
32 die Transformation und die Klimaanpassung investieren. In Wärmenetze,
33 Wasserstoffinfrastruktur, Speicher, Netzausbau, einen klimaneutralen
34 Gebäudebestand im Land und den Kommunen. Förderprogramme, Zuschüsse, Gesetze und
35 Verordnungen richten wir zukünftig am Ziel der Klimaneutralität aus. Dabei
36 achten wir auf soziale Kriterien.

37 **Wir schützen das Klima vor Ort**

38 Wir wollen die Erfolgsgeschichte des Kommunalen Klimagesetzes (KKP) sowie des
39 Kommunalen Investitionsprogramms Klimaschutz und Innovation (KIPKI)
40 fortschreiben und ein dauerhaftes Klimaschutzbudget für alle Kommunen (KIPKI
41 2.0) einführen, mit dem Kommunen unbürokratisch Maßnahmen vor Ort umsetzen
42 können. Die Energie- und Klimaschutzagentur Rheinland-Pfalz stärken wir dabei
43 weiter als zentrale Partnerin für die Kommunen in der Beratung.

44 **Erneuerbare Energie, von der alle profitieren**

45 Wir GRÜNE werden in den ersten 100 Tagen einer neuen Regierung ein
46 Bürgerenergiegesetz auf den Weg bringen. Bürger:innen und Standortgemeinden
47 sollen an den Erträgen von Wind- und Solarprojekten direkt beteiligt werden. Mit
48 dem Ausbau von Energieregionen stärken wir die lokale Produktion und Nutzung von
49 Strom und Wärme, um so die Strom- und Wärmekosten in der Region zu senken.
50 Kommunen und Bürgerenergieprojekte stärken wir durch Beratung. Die

51 Sozialwirtschaft werden wir verstärkt bei ihren Klimaschutzbestrebungen beraten
52 und unterstützen.

53 Eine neue Vernetzungsstelle für Netz- und Speicherausbau beim Land übernimmt
54 beim kostengünstigen und beschleunigten Netzausbau zukünftig eine koordinierende
55 Rolle. Damit der Strom genutzt werden kann, wenn er gebraucht wird, entwickeln
56 wir ein Konzept in der Großregion für Speicher und setzen auf die
57 Sektorenkopplung. Kommunen wollen wir ermöglichen, überschüssige Energie ins
58 Netz einspeisen zu können.

59 **Rückenwind für die Windkraft – Hand in Hand mit dem Naturschutz**

60 Beim weiteren Ausbau der Windkraft setzen wir auf verbindliche Flächenziele und
61 eine umfangreiche Flächenkulisse, weniger Bürokratie und mehr Personal, um
62 Genehmigungen und Prüfungen noch weiter zu beschleunigen. Aktuelle Hemmnisse im
63 Landesentwicklungsplan wollen wir dazu abbauen. Wir werden den kooperativen
64 Ansatz zwischen Naturschutz und anderen Akteuren beim Ausbau der Windkraft
65 fortsetzen.

66 **Sonnenkraft für das Land – vor allem auf versiegelten Flächen**

67 Wir werden mit dem Solargesetz die Photovoltaik auf Gebäuden und versiegelten
68 Flächen noch stärker ausbauen und dies durch Beratung unterstützen. Beim Ausbau
69 der PV achten wir auf eine innovative und ausgewogene Nutzung von Flächen:
70 schwimmende Photovoltaik-Anlagen auf Gewässern (Floating-PV), Agri-Photovoltaik,
71 solarüberdachte Parkplätze, Balkonkraftwerke und PV entlang von Straßen und
72 Schienen, um Natur und Landwirtschaft zu schützen.

73 **Wärmewende voranbringen**

74 Die Energie- und Klimaschutzagentur Rheinland-Pfalz wird die Kommunen beim
75 Ausbau von Wärmenetzen beraten. Wir stärken die wichtige Beratungsleistung der
76 Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz, um Bürgerinnen und Bürger bei der
77 Wärmewende zu unterstützen. Mit einer Transparenzplattform für
78 Fernwärmepreiseschaffen wir Klarheit für Verbraucher:innen. Wir beraten
79 Energiegenossenschaften aktiv dabei, Nahwärmenetze in Bürgerhand zu gründen.
80 Durch klare Genehmigungsverfahren, zügige Standorterkundungen und starke
81 Umweltstandards unterstützen wir die Wärme- und Energieerzeugung aus
82 Tiefengeothermie.

83 Um Biogasanlagen als Energie- und Wärmequelle zu erhalten, setzen wir auf eine
84 Landesstrategie für Biogas. Wir unterstützen den Einsatz neuer,

85 biodiversitätsfreundlicher Substrate wie Hanf oder Silphie und die gezielte
86 Nutzung von Abwärme.

87 **Grüner Wasserstoff – regional erzeugt, klug verteilt**

88 Wir GRÜNE setzen die Wasserstoff Strategie des Landes um und unterstützen den
89 Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft in Rheinland-Pfalz. Wir wollen ein
90 Landeskompetenzzentrum Wasserstoffgründen, das alle Akteure beim Ausbau der
91 Wasserstoffinfrastruktur vernetzt und begleitet und so die wirtschaftliche
92 Nutzung von Überschussstrom unterstützt.

93 **Klimacheck Mittelstand: Klimaschutz trifft Wirtschaftskraft**

94 Um die Wirtschaft bei ihrem Weg zur Klimaneutralität zu beraten, bauen wir den
95 bestehenden *EffCheck* zum „Klimacheck Mittelstand und Handwerk“ aus. Unternehmen
96 erhalten passgenaue und konkrete Vorschläge zu Energieeffizienz, zur Umstellung
97 auf Erneuerbare Energien und Klimaneutralität. Transformationsprojekte in der
98 Industrie unterstützen wir weiterhin gezielt. Wärmepumpen, Photovoltaik und
99 Speichertechnik müssen künftig zur Grundausbildung im Handwerk gehören. Auch
100 Schornsteinfeger:innen und Energieberater:innen sollen regelmäßig weitergebildet
101 werden.

102 **Atomkraft? nein danke**

103 Wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz lehnen Laufzeitverlängerungen, neue Endlager und
104 neue AKWs europaweit ab, denn sie bringen erhebliche Risiken mit sich und machen
105 uns abhängig von Uranimporten. Gegen die verbleibenden Atomkraftwerke in unserer
106 Nachbarschaft in Cattenom, Tihange und Doel wollen wir weiter entschlossen
107 kämpfen. Atomkraft ist kein Klimaschutz, sondern eine Hochrisikotechnologie –
108 Klimaschutz gelingt nur mit Erneuerbaren.

109 **Für eine soziale Energiewende: Verantwortung auf Bundesebene**

110 Der Bund darf sich nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen aus der
111 Klimaverantwortung entziehen. Um Klimaschutz fair zu gestalten, braucht es eine
112 CO₂-Bepreisung und ein Klimageld. Wir setzen uns außerdem für eine Entlastung
113 durch die Senkung von Abgaben und Umlagen auf Strom ein.

114 **Natur- und Umweltschutz**

115 **Lebensräume schützen – Artenvielfalt sichern: Schutz unserer natürlichen**

116 **Lebensgrundlagen**

117 Wir schützen Leitarten wie Feldhamster, Fledermäuse oder den Kiebitz mit unseren
118 Programmen der Aktion Grün. Herzstück des Naturschutzes sind unsere
119 Schutzgebiete. Die Pläne für Natura-2000-Gebiete setzen wir konsequent um und
120 schreiben unsere Biodiversitätsstrategie fort.

121 Die Ziele der EU-Wiederherstellungsverordnung sind unsere Richtschnur. Für uns
122 zentral bei der Umsetzung sind die Stärkung des Biotopverbundes und die
123 Fortführung des Moorschutzprogramms. Wir wollen unsere Biotope durch
124 produktionsintegrierte Verfahren, Querungshilfen und regional angepasste
125 Schutzkonzepte miteinander verbinden, um große, störungsarme Lebensräume zu
126 entwickeln. Bestehende Schutzgebiete werten wir durch ökologische
127 Bewirtschaftung auf und schaffen dort neue, wo wertvolle Ökosysteme und Arten
128 besonders gefährdet sind.

129 Wir wollen einen starken Schulterschluss zwischen Landwirtschaft und
130 Naturschutz. Gute Vorbilder wie die Partnerbetriebe Naturschutz wollen wir
131 bekannt machen und in die Fläche bringen. Den Vertragsnaturschutz entwickeln wir
132 praxisnah weiter. Ökologische Beweidung, z. B. in unseren
133 Naturschutzgroßprojekten, unterstützen wir.

134 **Schutz braucht Struktur**

135 Mit der flächendeckenden Einführung von Naturschutzstationen unterstützen wir
136 den Arten- und Naturschutz vor Ort und in Kooperation mit Kommunen, Verbänden
137 und Landwirt:innen. Das Koordinationszentrum Luchs und Wolf (KLUWO) entwickeln
138 wir zu einem Kompetenzzentrum für alle Arten weiter, bei denen Konflikte mit
139 Mensch und anderen Nutzungsarten zu erwarten sind.

140 **Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als Querschnittsthema**

141 Von der frühkindlichen Bildung über Schulen bis hin zur Erwachsenenbildung: Wir
142 wollen BNE und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) strukturell
143 verankern. Für uns ist das ein zentrales Querschnittsthema. Engagierte BNE-
144 Akteur:innen und ehrenamtliche Naturschützer:innen unterstützen wir mit
145 langfristiger Förderung, verlässlichen Strukturen und Vernetzung vor Ort. Die
146 Landeszentrale für Umweltaufklärung wollen wir weiterentwickeln und in ihrer
147 Arbeit stärken, hin zu einer Vernetzungsstelle BNE für das gesamte Land.

148 **Umwelt, Ressourcen- und Gesundheitsschutz**

149 Wir setzen zum Schutz von Mensch, Natur und Umwelt auf das Vorsorge- und
150 Verursacherprinzip. Deswegen wollen wir die Verbreitung
151 sogenannter Ewigkeitschemikalien (PFAS) wirksam einschränken. Wo sichere
152 Alternativen fehlen, soll die Forschung an Ersatzstoffen gefördert und so
153 Innovationsvorreiter unterstützt werden. Parallel bauen wir Messprogramme aus,
154 um Belastungen früh zu erkennen. Wir werden Verursacher an der Beseitigung von
155 Altlasten beteiligen.

156 Wir führen bestehende Kontrollprogramme konsequent fort – etwa zur
157 Wasserqualität und der Nitratbelastung, bei der Lebensmittelkontrolle oder zum
158 Fluglärm. Wir setzen auf transparente Daten, unabhängige Messstellen und moderne
159 Technik. Gegenüber dem Bund drängen wir auf klare Regelungen für Kerosinablässe,
160 ultrafeine Partikel und Fluglärm.

161 Wir unterstützen Repair-Cafés und Foodsharing-Initiativen. Kommunen unterstützen
162 wir bei der Einführung einer Verpackungssteuer und bei der Einführung von
163 Mehrwegsystemen, um so der Verschmutzung des öffentlichen Raums durch Littering
164 vorzubeugen. Auch den Einsatz von Plastik in der Land- und Forstwirtschaft
165 wollen wir reduzieren. Wir setzen uns für ein überarbeitetes, faires Vergaberecht
166 ein, das ökologische und soziale Standards berücksichtigt. So schaffen wir
167 verlässliche Märkte für nachhaltige Produkte und stärken Unternehmen, die
168 Verantwortung übernehmen.

169 **Unser Wald – wir schützen, was uns schützt**

170 Wir wollen unsere Wälder und ihre Ökosystemleistungen auch in der Klimakrise
171 erhalten. Deswegen setzen wir unter anderem mit der Klima-Wald-Offensive auf
172 nachhaltig genutzte, naturnahe und klimastabile Mischwälder sowie auf die
173 Stärkung des Wasserrückhalts im Wald.

174 **Klimarelienz des Walds fördern**

175 Wir fördern den Umbau zu vielfältigen, klimaangepassten Wäldern mit heimischem
176 Saatgut, Naturverjüngung und Beratung. Programme wie „Klimawald 2100“ oder
177 „Klimaangepasstes Waldmanagement“ bauen wir mit Unterstützung des Bundes aus.
178 Wir verbessern den Wasserrückhalt im Wald, um die Folgen von Dürren und
179 Starkregen zu mindern. Um die Datenerfassung zu verbessern, wollen wir ein
180 standardisiertes Verfahren zum digitalen Waldmonitoring im Land einführen. Wir
181 brauchen eine ökologisch nachhaltige Jagd, damit junge Bäume auch in der
182 Klimakrise aufwachsen.

183 **Mehr Natur, mehr Schutz**

184 Wir schaffen Naturwaldreservate, um dort die ungestörte Entwicklung von
185 Waldökosystemen zu fördern. Das Biotop- Altholz und Totholz-Konzept setzen wir
186 gemeinsam mit den Kommunen um. Ökosystemleistungen des Waldes wollen wir
187 zertifizieren.

188 **Nationalpark stärken – mit Bildung, Forschung und im Verbund**

189 Wir bauen die Nationalpark-Infrastruktur weiter aus, schaffen ein digitales
190 Nationalpark-Tor, bilden mehr Nationalparkführer:innen aus und stärken die
191 Umweltbildung genau wie die Forschung an der Forschungsanstalt für Waldökologie
192 und Forstwirtschaft. Für den Nationalpark und die Kernzone des
193 Biosphärenreservats wollen wir in Abstimmung mit den Kommunen und der
194 Bevölkerung Arrondierungsflächen zur Stärkung des Biotopverbunds finden.

195 **Landesforsten zukunftsfest machen**

196 Wir sichern die Fachkräfte von morgen durch gute Ausbildung und attraktive
197 Arbeitsbedingungen. Als walddreichstes Bundesland setzen wir uns für einen
198 Studiengang im Bereich Forsten ein. Wir unterstützen FSC-Zertifizierungen, bauen
199 die Beratung für private und kommunale Waldbesitzer:innen aus und stärken die
200 Gemeinschaftsforstämter. Wir arbeiten konsequent an der klimaneutralen
201 Forstverwaltung, der Digitalisierung und der Nutzung von Künstlicher Intelligenz
202 bei der Fernerkundung.

203 **Hochwasserschutz**

204 **Wasser schützen – Hochwasser vorbeugen**

205 Rheinland-Pfalz ist ein Land der Flüsse, Bäche und Quellen. Infolge der
206 Erderhitzung nimmt die Häufigkeit und Heftigkeit von extremen Wetterphänomenen
207 zu. Diese gehen oftmals mit zu viel oder zu wenig Wasser einher. Starkregen und
208 Hochwasser treffen Kommunen, Höfe und Familien. Die Flutkatastrophe im Ahrtal
209 ist das schrecklichste Beispiel für diese Entwicklung. Wir unterstützen diese
210 wunderschöne Region mit großem Engagement beim Wiederaufbau. Gleichzeitig
211 belasten Dürre und Hitzephasen unsere Lebensmittelproduktion, unsere Ökosysteme
212 und unser Leben in Städten und Dörfern.

213 **Wir GRÜNE schützen, was wir brauchen und uns alle verbindet: unser Wasser**

214 Die Grundwasserneubildung ist in den vergangenen Jahren teils drastisch
215 zurückgegangen. Um unser Trinkwasser zu schützen, setzen wir gemeinsam mit den
216 Beteiligten der Allianz für das Wasser den Zukunftsplan Wasser um. Wasser muss
217 stärker in der Landschaft gehalten werden und an Ort und Stelle versickern

218 können. Mit einem Klimaanpassungsgesetz wollen wir auf Landesebene notwendige
219 Anpassungsmaßnahmen in den Kommunen sowie in der Landwirtschaft unterstützen und
220 den Wassercent dahin weiterentwickeln.

221 **Wir geben Flüssen und Bächen Raum**

222 Durch Auenreaktivierung, Gewässerentwicklungskorridore, Deichrückverlegungen und
223 natürliche Überflutungsflächen geben wir unseren Flüssen Raum. Mit der „Aktion
224 Blau Plus“ renaturieren wir Gewässer und werden durch Flussentwicklungskorridore
225 natürliche Auen und ihre Funktionen wiederherstellen.

226 **Hochwasservorsorge ist Hochwasserschutz ist Zusammenarbeit**

227 Zwischen Ober- und Unterliegern, über Kreis- und Gemeindegrenzen hinweg, wollen
228 wir Gewässerzweckverbände für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen vor Ort
229 fördern. Wir wollen Wasser in der Fläche zurückhalten, sowohl im Wald als auch
230 auf landwirtschaftlichen und Naturschutzflächen. Von der Quelle bis zur Mündung
231 braucht es überörtlichen, natürlichen und technischen Hochwasserschutz. Wir
232 wollen dabei künftig aus dem Wassercent auch gezielte Hochwasserschutzmaßnahmen
233 finanzieren.

234 Die Empfehlungen der Enquete-Kommission “Zukunftsstrategien zur
235 Katastrophenvorsorge” setzen wir um – zum Beispiel durch ihre Verankerung in der
236 Landesbauordnung. Gleiches gilt für den 7-Punkte-Plan zur Hochwasservorsorge. In
237 besonders hochwassergefährdeten Gebieten wollen wir der Planung und Durchführung
238 erforderlicher Hochwasserschutzmaßnahmen besondere Priorität einräumen und die
239 jeweiligen Verfahren beschleunigen.

240 Mit einem Hochwasser-Info-Bus werden wir die Menschen in den Städten und Dörfern
241 über Hochwasser- und Starkregensrisiken sowie mögliche Vorsorgemaßnahmen
242 informieren.

243 **Wasserwirtschaft zukunftsfest machen**

244 Mit modernen Kläranlagen, einer vierten Reinigungsstufe und mehr
245 Energieeffizienz in der Wasserwirtschaft reduzieren wir Schadstoffe und den
246 Energiebedarf. Dabei unterstützen wir gesetzliche Regelungen zur
247 Kostenbeteiligung von Herstellern problematischer Stoffe. Die
248 Trinkwasserversorgung machen wir robuster – durch gezielte Förderung der
249 kommunalen Versorgungsinfrastruktur. Auch digitale Wasserzähler und smarte
250 Lösungen in der Beregnung treiben wir im Sinne der Klimaanpassung und
251 Vorbereitung auf die Veränderungen im Klimawandel voran.

252 **Tierschutz**

253 **Tierheime stärken – Kommunen unterstützen**

254 Wir haben deutlich mehr Geld für Tierheime bereitgestellt und über das regionale
255 Zukunftsprogramm neue Fördermöglichkeiten geschaffen. Wir wollen diese Förderung
256 auch auf Wildtierzentren ausweiten.

257 Wir reduzieren das Tierleid vor Ort und wollen eine landesweite
258 Katzenschutzverordnung rechtlich prüfen sowie unsere Kommunen im Umgang mit
259 tierhaltenden Zirkussen beraten. Der Tierschutzbeirat, der Tierschutzbericht und
260 der Tierschutzpreis bleiben wichtige Pfeiler unserer Arbeit. Wildtierstationen,
261 Tierparks und ehrenamtlich Engagierte im Tierschutz sind wichtige Akteur:innen,
262 die wir unterstützen.

263 **Klare Regeln für Tierhaltung**

264 Wir wollen eine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Hunde und Katzen
265 auf Bundes- oder EU-Ebene einführen – das hilft bei entlaufenen Tieren und
266 entlastet Tierheime. Wer einen Hund hält, muss seine Verantwortung kennen: Wir
267 setzen uns für einen Sachkundenachweis für Erst-Hundehalter:innen und
268 Haftpflichtversicherungen bei der Anschaffung eines neuen Hundes für alle
269 Hundehalter:innen ein.

270 **Respekt und Rücksicht auf Tiere**

271 Private Feuerwerke stellen zunehmend eine unzumutbare Belastung für unsere
272 Kommunen dar. Auch kommt es zu häufig zur missbräuchlichen Verwendung. Daher
273 wollen wir private Feuerwerke reduzieren, um die Auswirkungen auf Menschen,
274 Tiere und Umwelt möglichst gering zu halten: Wir stärken Städte und Gemeinden
275 bei der Einschränkung von Feuerwerk und schaffen Rechtssicherheit bei der
276 Aussprache von feuerwerksfreien Zonen. Grundsätzlich halten wir ein ganzjähriges
277 Verkaufsverbot für den Privatgebrauch für geboten und setzen uns für eine
278 bundesweite Umsetzung ein.

279 Wir fördern Forschung, die Alternativen zu Tierversuchen entwickelt, mit einem
280 innovativen Forschungspreis, mit mehr Vernetzung und Sichtbarkeit sowie der
281 Vision einer Zukunft ohne Tierversuche.

282 Wir unterstützen unsere Veterinärämter mit dem Ziel, dass Tierschutzkontrollen
283 überall verlässlich und wirksam stattfinden. Um unnötigen Stress durch

284 Transporte zu vermeiden, unterstützen wir die hofnahe Schlachtung.

285 **Landesplanung**

286 **Flächenverbrauch reduzieren und grüne Infrastruktur stärken**

287 Unser Ziel, das wir mit einer aktiven Flächenpolitik erreichen wollen: Der
288 Flächenverbrauch soll schrittweise auf Netto-Null sinken und bis 2030 unter
289 einem Hektar liegen. Durch die aktive Bevorratung von Ausgleichsflächen
290 beseitigen wir das aktuelle wesentliche Planungshindernis und schaffen echte
291 Planungsbeschleunigung. Der Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“ bleibt für
292 uns verbindlich. Entsiegelungsmaßnahmen unterstützen wir. Die Entwicklung
293 bestehender Flächen soll Vorrang haben– vor allem dort, wo Gebäude leer stehen
294 oder Industrie- und Gewerbeflächen unter Wert genutzt werden. Diese Flächen
295 bieten große Chancen für neuen Wohnraum, Arbeitsplätze und Natur. Für Gewerbe-
296 und Industrie führen wir analog zur Siedlungsentwicklung einen Schwellenwert ein
297 und erhöhen die Dichtewerte bei Wohngebieten.

298 Biotop, Schutzgebiete und Lebensräume wollen wir besser vernetzen. Im
299 Landesentwicklungsprogramm 5 (LEP 5) sollen dafür Vorrangflächen ausgewiesen
300 werden. Besonders im Fokus stehen die Auenlandschaften, der Westwall und das
301 Umfeld des Nationalparks Hunsrück-Hochwald. Die Umsetzung des europäischen
302 Nature Restoration Law ist dabei für uns verbindlich und soll finanziell und
303 personell entsprechend ausgestattet werden. Mit der Wald-Klimaschutz-Offensive
304 wollen wir Waldgebiete vernetzen, um den genetischen Austausch zwischen
305 Wildpopulationen zu verbessern. Wir GRÜNE wollen eine Flächenagentur gründen:
306 Sie berät Kommunen, vermittelt Ausgleichs- und Konversionsflächen und entwickelt
307 gezielt Flächen für Natur-, Klima- und Gewässerschutz.

308 **Bauen**

309 **Umbauwende für günstiges und klimaverträgliches Bauen und Sanieren**

310 Wir wollen vorhandene Gebäude umbauen und aufstocken, Leerstände bekämpfen,
311 Dächer ausbauen und Baulücken schließen, um dem Mangel an Wohnraum zu begegnen.
312 Damit reduzieren wir den Ressourcen- und Flächenverbrauch sowie
313 Treibhausgasemissionen. Wer Wohnraum im Bestand schaffen möchte, muss das auch
314 dürfen. Wir schaffen deshalb die Voraussetzungen, dass die Menschen einfacher
315 umbauen, aufstocken, sanieren und umnutzen können. Das Sanieren gestalten wir
316 sozial gerecht. Holzbauweise wollen wir zum Standard machen und Kommunen beim
317 Holzbau unterstützen.

318 **Standards überprüfen, Baukosten senken**

319 Bauen muss wieder günstiger werden, ohne dass wir auf Klima- und Umweltschutz
320 verzichten. Mit diesem Ziel wollen wir die Landesbauordnung grundlegend
321 überarbeiten. Serielle Lösungen für Bau und Sanierung wollen wir stärker nutzen.
322 Wir unterstützen Modellprojekte des Gebäudetyps E sowie innovativen Holzbau.

323 Den digitalen Bauantrag werden wir flächendeckend ausrollen. Bei Bauvorhaben des
324 Landes wollen wir die Nutzung von digitalen Planungsmethoden weiter ausbauen.

325 **Unsere Häuser als Klimaschützer**

326 Solar muss bei Neubauten und umfassende Dachsanierungen die Regel sein. Neue
327 Gebäude sollen grüne Dächer und Fassaden bekommen, Regenwasser sammeln und
328 nutzen. Im Bestand starten wir eine Entsiegelungsoffensive und unterstützen
329 Stadt- und Dorfgrün. Holzbau und den Einsatz von natürlichen Bau- und
330 Dämmstoffen wollen wir weiter erleichtern. Um die Forschung für klimagerechtes
331 und ressourcenschonendes Bauen zu stärken, setzen wir uns für ein
332 Bundesbauforschungszentrum in Rheinland-Pfalz ein.

333 **Gute Konzepte statt Gewinnmaximierung**

334 Das Land soll eine aktive Rolle in einer vorausschauenden Bodenpolitik
335 einnehmen. Mit einer Landesentwicklungsgesellschaft wollen wir Grundstücke für
336 die öffentliche Hand sichern oder durch Erbpachtverträge zur Verfügung stellen.
337 Mit der Grundsteuer C haben wir Kommunen bereits ermöglicht, Bodenspekulationen
338 einen Riegel vorzuschieben. Die Beratungsstelle "Neues Wohnen" werden wir um
339 Leerstandsmanagement erweitern. Leerstand in Dorfkernen soll damit wirksam
340 bekämpft werden.

341 Flächen sollen nach dem besten Konzept vergeben werden, nicht nach dem höchsten
342 Preis - so können Kommunen die Stadt- und Dorfentwicklung anhand sozialer und
343 ökologischer Kriterien steuern. Freiwerdende Landesliegenschaften und
344 brachliegende landeseigene Flächen wollen wir für die Schaffung von günstigen
345 Wohnraum zur Verfügung stellen.

346 **Landesliegenschaften**

347 Rheinland-Pfalz soll klimaneutral werden. Dafür wollen wir als Land als Vorbild
348 vorangehen und machen unsere Landesliegenschaften klimaneutral: Hochschulen,
349 Polizei oder Justiz werden mit Erneuerbaren Energien versorgt, die

350 Wärmeversorgung dekarbonisiert, E-Mobilität ausgebaut, Gebäude saniert und die
351 Flächennutzung suffizient ausgestaltet.

352 **Landwirtschaft**

353 **Mehr Bio aus der Region auf Feldern und Tellern**

354 Wir GRÜNE stärken den ökologischen Landbau in der landwirtschaftlichen
355 Förderung. Unser Ziel ist, den Ökolandbau-Anteil deutlich auszuweiten. Dafür
356 schreiben wir den Ökoaktionsplan fort, erhöhen den Bio-Anteil in und setzen uns
357 für die Förderung von Öko-Modellregionen ein.

358 **Gemeinsam unsere Natur schützen**

359 Mit weiteren Naturschutzstationen werden wir regionale Landwirtschaft-
360 Naturschutz-Kooperationen in Rheinland-Pfalz aufbauen. Den Vertragsnaturschutz
361 werden wir gemeinsam mit Landwirt:innen und Naturschutzverbänden ausweiten.
362 Etablierte Dialogformate, wie den Schulterchluss Artenvielfalt, setzen wir
363 fort.

364 **Weniger Pestizide, mehr Bodenschutz**

365 Mit vielfältigen Fruchtfolgen, robusten Sorten und nachhaltigen Anbauformen
366 unterstützen wir GRÜNE unsere Landwirt*innen den Pestizideinsatz deutlich zu
367 reduzieren. Wir wollen den nachhaltigen Humusaufbau und Dauergrünland zur
368 Speicherung von CO₂ fördern und eine Leguminosenstrategie umsetzen.

369 **Mehr Klimaschutz in und für die Landwirtschaft**

370 Mit klimaangepassten Sorten, ressourcenschonenden Anbau- und
371 Bewässerungsmethoden sowie dem Einsatz digitaler Technologien wollen wir der
372 Klimakrise in Rheinland-Pfalz nachhaltig begegnen und Landwirt:innen dabei
373 unterstützen, sich an die Folgen der Erderhitzung anzupassen.

374 **Gute Bedingungen für die Landwirtschaft**

375 Wir setzen uns dafür ein, dass eine vollumfängliche landwirtschaftliche
376 Ausbildung in Rheinland-Pfalz erhalten bleibt. Wir unterstützen Landwirt:innen
377 bei Hofübergabe- und -übernahme, fördern Direktvermarktung und Wertschöpfung vor
378 Ort. Bürokratie wollen wir reduzieren und Prozesse möglichst digitalisieren.

379 **Weinbau**

380 **Nachhaltiger Weinbau**

381 Wir GRÜNE unterstützen den Trend zu Bio und wollen den Öko-Weinbau deutlich
382 ausweiten. Bio-Weine sind in der Regel Qualitäts- und Prädikatsweine, die einen
383 verlässlichen Absatz zu einem guten Preis ermöglichen. Die Klimakrise und
384 zunehmende Trockenheit stellen den Weinbau vor große Herausforderungen – wir
385 bringen Maßnahmen auf den Weg, die seine Anpassung sichern. Mit der Förderung
386 von nachhaltigen Pflanzenschutzverfahren und der Umstellung auf
387 pilzwiderstandsfähige Sorten, (PIWIs), wollen wir den Einsatz von Pestiziden
388 reduzieren. Wir setzen uns auf EU-Ebene weiterhin für die Wiederzulassung von
389 Kaliumphosphonat im Öko-Weinbau ein. Ebenso wollen wir VitiForst Initiativen in
390 Forschung und Praxis fördern.

391 **Unsere prägenden Steillagen sichern**

392 Kulturell und ökologisch wertvolle Steillagen wollen wir erhalten und weiter
393 fördern. Wir unterstützen unsere Winzer:innen mit modernen Methoden, zum
394 Beispiel beim Drohneneinsatz, der eine präzise Ausbringung von
395 Pflanzenschutzmitteln ermöglicht. Programme wie beispielsweise “Lebendige
396 Moselweinberge” zur Förderung der Artenvielfalt wollen wir ausbauen.

397 **Neue Ideen, neue Märkte**

398 Den Pioniergeist bei innovativen Verfahren und kreativen Ideen wollen wir GRÜNE
399 fördern und die Entwicklung von Alternativen, wie alkoholfreien Weinen, PIWIs
400 oder Mehrwegflaschen, aktiv begleiten. Wir stärken die Direktvermarktung und
401 Absatzförderung im In- und Ausland, um neue Märkte und Zielgruppen zu
402 erschließen. Traditionen wie Straußwirtschaften und Weinfeste wollen wir
403 bewahren und den Weinbau zukunftsfest machen.

404 **Ernährung**

405 **Gutes Essen für alle**

406 In Rheinland-Pfalz soll jeder Mensch gesund essen können – egal ob in der Kita,
407 der Schule, am Arbeitsplatz oder im Pflegeheim. Deshalb sorgen wir für mehr Bio,
408 mehr Regionales und mehr gesunde Ernährung in unseren Kantinen. Wo das Land
409 Verantwortung für Kantinen trägt, machen wir es vor: Künftig wollen wir
410 saisonale Gerichte und mehr regionale Bio-Qualität anbieten. Dabei setzen wir

411 auch auf die erprobten Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE).
412 So stärken wir Gesundheit, Klimaschutz, unsere Umwelt und unsere heimischen
413 landwirtschaftlichen Betriebe.

414 **Essen verbindet**

415 Das Fachzentrum Ernährung hilft Kitas, Schulen und Einrichtungen dabei, ihre
416 Essensangebote zu verbessern. Die Zertifizierung von Schulen und Kitas bauen wir
417 aus. Wir wollen Beratung von Anfang an: für Schwangere, Kinder und Ältere. Das
418 erfolgreiche Programm „Rheinland-Pfalz isst besser“ sowie den Kochbus führen wir
419 weiter und machen diese Angebote noch sichtbarer. Und wir modernisieren die
420 Kochausbildung – mit mehr Wissen über Klimaschutz, Gesundheit und weniger
421 Verpackungsmüll.

422 **Regionale Kreisläufe machen uns unabhängig**

423 Wir unterstützen den direkten Hof-Verkauf vor Ort sowie die Gründung von
424 „Ernährungsräten“ in den Kommunen und helfen bei der Entwicklung regionaler
425 Marken. Das Schulobstprogramm gestalten wir um – mit mehr Bio und mehr
426 saisonalen Produkten aus der Region.

427 **Wir setzen auf die Ernährung der Zukunft zum fairen Preis**

428 Moderne Verfahren wie Fermentation und Zellkultivierung sollen in Rheinland-
429 Pfalz entwickelt und eingesetzt werden. Das sorgt für mehr Vielfalt auf dem
430 Teller bei weniger Umweltbelastung. Gleichzeitig setzen wir uns auf Bundesebene
431 für eine faire Besteuerung von pflanzlichen und biologisch erzeugten Produkten
432 ein.

433 **Mit gutem Essen gestalten wir die Zukunft**

434 Wir unterstützen erlebbare Projekte wie die „Essbare Stadt“, stärken die Idee
435 des gemeinschaftlichen Kochens und Essens und machen mit einem freiwilligen Bio-
436 Logo (Bronze, Silber, Gold) sichtbar, wie nachhaltig die Verpflegung ist.

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Landesvorstand Rheinland-Pfalz (dort beschlossen am: 16.09.2025)

Titel: **ENTWURF LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 2 - Rheinland-Pfalz für alle innovativ gestalten**

Antragstext

1 Rheinland-Pfalz für alle innovativ gestalten

2 Ob Hightech-Labor in Mainz, Handwerksbetrieb in der Südpfalz oder
 3 Tourismusbetrieb an der Mosel – überall in Rheinland-Pfalz steckt
 4 Erfinder:innengeist. Wir wollen, dass gute Ideen hier nicht nur entstehen,
 5 sondern auch groß werden. Dafür brauchen wir eine Wirtschaft, die
 6 klimafreundlich produziert, eine digitale Infrastruktur, die allen zugutekommt,
 7 und Forschung, die unser Land voranbringt und unsere Demokratie stärkt.
 8 Gründer:innen sollen beste Chancen erhalten, Betriebe passende Unterstützung für
 9 Innovationen und Klimaneutralität. Mit vernetzten Lösungen wollen wir den Alltag
 10 der Menschen konkret verbessern und dafür die richtigen Bedingungen schaffen.
 11 Moderne Mobilität zum Beispiel ist für uns einfach, bezahlbar und
 12 klimafreundlich. Es ermöglicht den Menschen im Land die Wahlfreiheit, per Bahn,
 13 Bus, Rad, Carsharing oder Auto unterwegs zu sein. Auch unsere Verwaltung wollen
 14 wir digital und transparent gestalten, damit Menschen unkompliziert Zugang zu
 15 Leistungen haben. Wir setzen auf Tourismus, der unsere Natur schützt und unsere
 16 Regionen stärkt. Innovativ gestalten heißt für uns, Fortschritt mit
 17 Verantwortung zu verbinden und neue Wege zu gehen, die allen zugutekommen. So
 18 wird Rheinland-Pfalz für alle zu einem Ort, an dem Ideen willkommen sind,

19 Kreativität Wurzeln schlägt und neue Lösungen das Leben der Menschen verbessern.

20 **Wirtschaft der Zukunft**

21 **Wirtschaftlicher Erfolg durch Innovation und Klimaschutz**

22 In der Kreativität und der Innovationskraft rheinland-pfälzischer Unternehmen
23 und ihrer Mitarbeiter:innen liegt der Schlüssel zur Gestaltung des
24 wirtschaftlichen Erfolgs. Klimaschutz, Energiewende, Digitalisierung,
25 Kreislaufwirtschaft, Batterietechnologien, Medikamentenentwicklung – das alles
26 sind zentrale Zukunftsfelder, in denen bereits heute neue Produkte und
27 Dienstleistungen in Rheinland-Pfalz entstehen. Erfolg in der Wirtschaft und der
28 Schutz unseres Klimas gehören für uns GRÜNE zusammen. Mit Investitionen und
29 Innovationen in all diesen Bereichen eröffnen wir Perspektiven für neue, gute
30 und zukunftsfähige Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz. Innovative Ansätze im
31 Mittelstand wollen wir verstärkt fördern durch unser Konzept eines
32 kreditfinanzierten RLP-Zukunftsfonds.

33 **Mittelstand: Rückgrat unserer Wirtschaft zukunftssicher aufstellen**

34 Der Mittelstand ist die tragende Säule der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Er
35 sorgt gerade im ländlichen Raum für Arbeitsplätze und regionale Attraktivität.
36 Wir GRÜNE wollen den Mittelstand bei der Digitalisierung und der klimaneutralen
37 Transformation unterstützen. Dazu wollen wir Investitionen in die Umstellung auf
38 klimafreundliche Produktionsprozesse sowie Klimaschutztechnologien anstoßen.
39 Bürokratische Hürden wollen wir für unsere kleinen und mittleren Unternehmen
40 aktiv abbauen, ohne notwendige Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards
41 zu senken. Wir werden gemeinsam mit Praktiker:innen aus Unternehmen, Verwaltung
42 und Zivilgesellschaft unnötige bürokratische Hürden abbauen.

43 **Handwerk: die Gestalter:innen der Energiewende stärken**

44 Handwerker:innen planen, fertigen und installieren die notwendigen Veränderungen
45 und Produkte auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Wir GRÜNE
46 wertschätzen das Handwerk und wollen es unterstützen. Gemeinsam mit dem Handwerk
47 setzen wir Klimaschutzmaßnahmen, die Energie- und Wärmewende um. Dem aktuellen
48 Fachkräftemangel wollen wir mit frühzeitiger Berufsorientierung und
49 unterstützenden Maßnahmen wie Alltagsbegleitung oder Sprachförderung während der
50 Ausbildung entgegenwirken. Außerdem unterstützen wir attraktive Umschulungs- und
51 Qualifizierungsprogramme. Um die Fachkräftelücke zu schließen und finanzielle
52 Hürden zu senken, wollen wir den kostenfreien Meisterbrief einführen. Die
53 Unterstützung durch den Aufstiegsbonus II setzen wir fort und fördern die erste

54 Gründung eines Handwerksbetriebs. Mit einer Nachfolgezentrale wollen wir
55 Betriebsinhaber:innen und Nachfolger:innen besser vernetzen und eine
56 erfolgreiche Unternehmensnachfolge ermöglichen. Wir führen die berufliche und
57 akademische Ausbildung stärker zusammen und setzen uns deshalb für das Modell
58 des Trialen Studiums als Kombination aus beruflicher Ausbildung und Studium im
59 Handwerk ein.

60 **Industrie: Mit den vielen verschiedenen Branchen im Land die Zukunft nachhaltig** 61 **und innovativ gestalten**

62 Die Industrie in Rheinland-Pfalz leistet einen zentralen Anteil an unserer
63 Wertschöpfung und nimmt damit eine entscheidende Rolle auf dem Weg zur
64 klimaneutralen Wirtschaft im Land ein. Wir GRÜNE wollen den Industriestandort
65 Rheinland-Pfalz sichern und nachhaltig weiterentwickeln. Dazu wollen wir vor
66 allem mittelständische Unternehmen bei der grünen Transformation auch finanziell
67 aktiv unterstützen und klimafreundliche Investitionen ermöglichen. Mit dem
68 Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Umsetzung der Wasserstoffstrategie des
69 Landes begleiten wir unsere Unternehmen dabei, auch energieintensive Prozesse
70 mit grünem Wasserstoff klimaneutral zu gestalten. Von besonderer Bedeutung sind
71 dabei gute und tarifgebundene Arbeitsplätze.

72 **Für eine attraktive Ausbildung**

73 Für Unternehmen wird es zunehmend schwerer, Ausbildungsplätze zu besetzen. Im
74 Schulterschluss mit Unternehmer:innen und Gewerkschaften wollen wir für einen
75 attraktiven Ausbildungsstandort sorgen. Um Auszubildende zu gewinnen, wollen wir
76 GRÜNE die duale Ausbildung aufwerten. Dazu gehören neben einer wertschätzenden
77 Entlohnung attraktive Rahmenbedingungen. Mit Wohnungsangeboten, vergünstigtem
78 ÖPNV-Ticket und modernen Berufsbildungsstätten wollen wir junge Menschen bei
79 ihrer Ausbildung unterstützen. Wir werben weiterhin für die Gleichwertigkeit von
80 beruflicher und akademischer Bildung in der Gesellschaft.

81 **Ressourcenschutz durch Kreislaufwirtschaft – Stärkung der Biotechnologie**

82 Wir wollen, dass mehr recycelte Materialien – etwa in Baustoffen – zum Einsatz
83 kommen. Dafür stärken wir den Rezyklatanteil in öffentlichen Vergaben, um
84 innovative Unternehmen zu stärken. Wir sorgen dafür, dass Behörden und Kommunen
85 Rezyklate bevorzugt einsetzen können.

86 Wir sehen Abfall als Rohstofflieferanten und stärken die getrennte Erfassung und
87 Sammlung von Abfällen. Insbesondere wollen wir die Sammelquote beim Bioabfall
88 noch weiter erhöhen, auch um ihn energetisch zu nutzen. Die

89 Abfallwirtschaftskonzepte setzen wir konsequent um. Die weiße und graue
90 Biotechnologie wollen wir in Rheinland-Pfalz als Zukunftsmärkte stärken und
91 entwickeln. Eine Studie soll hierzu die weiteren Entwicklungspotenziale
92 ermitteln.

93 **Kreativwirtschaft weiter stärken und Medien und** 94 **Filmförderung gezielt ausbauen**

95 Die Kreativwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Identität,
96 zur wirtschaftlichen Vielfalt und zur kulturellen Innovationskraft in
97 Rheinland-Pfalz. Wir wollen die Medien- und Filmförderung gezielt ausbauen und
98 dabei die neuen Strukturen der Medienförderung RLP stärker nutzen. Mit
99 zusätzlicher finanzieller Ausstattung, vereinfachten Antragsverfahren und
100 gezielter Öffentlichkeitsarbeit schaffen wir bessere Rahmenbedingungen für
101 kreative Medienschaffende und machen Rheinland-Pfalz zum attraktiven Standort
102 für Kultur, Medien und Games.

103 **Digitaler Wandel**

104 **Digitale Teilhabe überall ermöglichen**

105 Digitale Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel oder Wohnort abhängen. Dafür
106 brauchen wir digitale Netze überall. Die Versorgung mit schnellem Internet durch
107 Glasfaser und verlässlichem Mobilfunk (mindestens 5G Standard) ist für alle
108 Menschen und Unternehmen in Stadt und Land unabdingbare Voraussetzung. Wo der
109 Markt beim eigenverantwortlichen Ausbau versagt, werden wir weiterhin durch
110 gezielte Förderung eine flächendeckende Versorgung sicherstellen. Wir GRÜNE
111 werden die Vernetzung von Mobilitätsangeboten unterstützen, indem wir die
112 Möglichkeiten der Digitalisierung zur Information und Vernetzung von Angeboten
113 nutzen. Wir werden die Einrichtung von weiteren WLAN-Hotspots im ÖPNV und
114 öffentlichen Gebäuden fördern und Initiativen für Co-Working- und Gründerzentren
115 in ländlichen Räumen unterstützen.

116 **Digitale Souveränität und Open Space stärken**

117 Wir GRÜNE setzen uns für eine digitale Infrastruktur ein, die mit Open Source
118 und digitaler Souveränität unabhängig und ausfallsicher aufgestellt ist. Die
119 digitale Souveränität wird in der aktuellen weltpolitischen Lage zum
120 Standortfaktor: Wir setzen auf unabhängige Cloud-Lösungen und offene Standards,
121 um Abhängigkeiten von internationalen Tech-Konzernen zu reduzieren und den
122 Datenschutz sicherzustellen. Was mit öffentlichen Geldern bezahlt wurde, soll
123 auch öffentlich verfügbar sein (public money, public code). Auf Landesebene

124 werden wir GRÜNE uns deshalb für eine Open-Source-Strategie einsetzen, die
125 eindeutige Zuständigkeiten und Ziele beschreibt. Eine digitale Gesellschaft
126 braucht digitale Kompetenzen. Wir wollen daher eine Offensive für
127 Medienkompetenz starten, die Medienbildung für jedes Alter und überall
128 kostengünstig verfügbar macht. Bestehende Angebote wollen wir weiterentwickeln.

129 **Digitale Innovationen für die Transformation fördern**

130 Wir wollen digitale Geschäftsmodelle und Zukunftstechnologien verstärkt fördern
131 und setzen dabei konsequent auf die Vernetzung zwischen Universitäten und
132 Forschung, Start-ups, etablierten Unternehmen, NGOs und Verwaltung. Dabei haben
133 wir neben Biotechnologie und KI-Forschung auch die Potentiale der
134 Quantentechnologie im Blick. Unser Fokus liegt auf nachhaltigen und innovativen
135 Förderprogrammen für grüne Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen (KMU),
136 die digitale Lösungen für Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und soziale
137 Innovation bieten.

138 **Digitale Infrastruktur klimaneutral gestalten**

139 Den digitalen Wandel und die klimaneutrale Transformation denken wir zusammen.
140 Denn der digitale Wandel ist energieintensiv und keineswegs automatisch grün.
141 Dabei setzen wir auf klimaneutrale Energie bei der Stromversorgung für den
142 Betrieb der technischen Infrastruktur (wie z. B. Rechenzentren) sowie die
143 Nutzung der Abwärme für Wärmenetze und Fernwärme.

144 **Gründungen**

145 **Gründungsoffensive für Rheinland-Pfalz**

146 Wir brauchen Menschen, die mit ihrem Mut und ihren Ideen die Modernisierung der
147 Wirtschaft in Rheinland-Pfalz mitgestalten und voranbringen. Start-Ups sind
148 Innovationstreiber und spielen eine herausragende Rolle, um gesellschaftliche
149 Herausforderungen zu lösen. Wir GRÜNE wollen deshalb die Gründungs- und Start-
150 Up-Förderung des Landes weiter ausbauen und dafür eine Start-Up-Strategie-RLP
151 auf den Weg bringen. Ein Augenmerk soll auf einer besseren Wachstumsfinanzierung
152 für Start-Ups liegen. Unter Einbindung der Wirtschaft, Banken und Investor:innen
153 wollen wir eine Initiative anstoßen, mit der wir unseren Gründer:innen einen
154 besseren Zugang zu Wagniskapital ermöglichen können. Einen besonderen Fokus
155 wollen wir für Rheinland-Pfalz auf Biotechnologie, Chemie, IT und KI sowie
156 Mobilitätslösungen legen, denn hier liegen große Potenziale für Forschung,
157 StartUps und etablierte Unternehmen im Land.

158 **Ausgründungskultur etablieren**

159 Unser Ziel ist es, die Zahl der Ausgründungen aus unseren Hochschulen und
160 Forschungseinrichtungen deutlich zu erhöhen. Deshalb setzen wir GRÜNE uns für
161 eine bessere finanzielle und strukturelle Ausstattung der Gründungsbüros und
162 Gründerzentren ein. Wir unterstützen die Start-Up Factories SouthwestX und
163 FUTURY – The Future Factory. Auch die Digital Hubs wollen wir weiter fördern und
164 auf andere Regionen ausweiten. Wir wollen Gründungen nicht nur aus der Forschung
165 heraus, sondern auch von Handwerker:innen, Kreativen und Tüftler:innen stärken.
166 Wer eine gute Idee hat, soll in Rheinland-Pfalz einfach und unbürokratisch
167 gründen können – egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Dazu wollen wir
168 passgenaue Beratung, einfache Förderwege und bezahlbare Räume für junge
169 Unternehmen ausbauen.

170 **Ideen vernetzen – Zukunft gestalten**

171 Wir GRÜNE wollen Gründer:innen enger miteinander vernetzen. Deshalb setzen wir
172 uns dafür ein, das Startup-Office als zentrale Plattform für das Start-up-
173 Ökosystem von Rheinland-Pfalz auszubauen. Mit einem jährlichen Start-Up-Festival
174 wollen wir die Sichtbarkeit des Start-up-Ökosystems für Gründer:innen und
175 Investor:innen über Rheinland-Pfalz hinaus verbessern. Wir wollen gezielt mehr
176 Gründerinnen in Rheinland-Pfalz unterstützen und bestehende Initiativen wie den
177 landeseigenen Gründerinnenpreis weiter stärken und ausbauen. Im Zukunftsfeld
178 Biotechnologie wollen wir insbesondere die Landes-Dachmarke BioVation zu einem
179 wirkungsvollen Beratungs- und Standortnetzwerk für Biotech im Land ausbauen und
180 ressortübergreifend bei der Staatskanzlei ansiedeln. Über ein spezielles
181 Förderprogramm wollen wir gerade Start-Ups im Biotech-Bereich unterstützen,
182 vergünstigte Laborräume zu finden.

183 **Tourismus**

184 **Natur erleben**

185 Wir GRÜNE setzen auf naturnahe Erlebnisse. Mit einer Wander- und Rad-Offensive
186 bringen wir Tempo in den Ausbau unserer Wander- und Radwege. Davon profitieren
187 Bewohner:innen und Gäste gleichermaßen. Unsere Schutzgebiete – der Nationalpark
188 Hunsrück-Hochwald, das Biosphärenreservat Pfälzerwald und die Naturparke – sind
189 bereits jetzt Besuchermagnete. Wir wollen für eine bessere personelle und
190 finanzielle Ausstattung dieser sorgen. Mit einer gemeinsamen Vermarktung unserer
191 Natur-Highlights wollen wir Rheinland-Pfalz noch stärker als nachhaltigen
192 Tourismusstandort etablieren.

193 **Tourismus, der allen offensteht**

194 Tourismus muss für alle Menschen zugänglich und erlebbar sein. Rheinland-Pfalz
195 ist bei der Zertifizierung "Reisen für Alle", die Urlaubsangebote mit geprüfter
196 Barrierefreiheit auszeichnet, bereits führend. Wir GRÜNE wollen die Zahl der
197 zertifizierten Betriebe und Einrichtungen in Rheinland-Pfalz verdoppeln. Dazu
198 unterstützen wir Gastgewerbe und Kommunen bei der Umsetzung barrierefreier
199 Angebote. Unser Ziel ist, dass jeder Mensch Rheinland-Pfalz erleben kann,
200 unabhängig von Alter, körperlicher oder intellektueller Beeinträchtigung.

201 **Familienfreundlich und bezahlbar**

202 Der Familienurlaub bietet im oft stressigen Alltag die Gelegenheit, gemeinsam
203 Zeit zu verbringen und neue Kraft zu schöpfen. Wir GRÜNE wollen, dass Urlaub in
204 Rheinland-Pfalz auch für Familien mit kleinerem Geldbeutel möglich bleibt.
205 Deshalb unterstützen wir Familien mit geringem Einkommen weiter bei der
206 Familienfreizeit. Energetische Sanierung und barrierefreien Umbau von
207 Jugendherbergen und Familienferienstätten wollen wir gezielt fördern.

208 **Lebendige Orte mit hoher Aufenthaltsqualität**

209 Unsere historischen Innenstädte, Kur- und Weinorte sind Schätze, die es zu
210 bewahren und zu beleben gilt. Wir wollen die Aufenthaltsqualität durch mehr
211 Grün, weniger Verkehr und gute Infrastruktur stärken – damit Plätze zum
212 Verweilen, Flanieren und Begegnen einladen. Gemeinsam mit Kommunen und
213 Tourismusakteur:innen wollen wir Investitionen in attraktive Ortsbilder,
214 hochwertige Gastronomie und nachhaltige Veranstaltungen voranbringen.

215 **Mobilität**

216 **Öffentlicher Nahverkehr der Zukunft**

217 Mit der Umsetzung der hohen Qualitätsstandards im Landesnahverkehrsplan schaffen
218 wir den ÖPNV der Zukunft in Rheinland-Pfalz. Mit den ÖPNV-Konzepten 2.0 werden
219 wir Busse und Bahnen noch stärker dorthin lenken, wo Menschen vom Auto auf den
220 ÖPNV umsteigen. Bei der Finanzausstattung der Kommunen werden wir Bus und Bahn
221 endlich auch finanziell mindestens gleichrangig mit dem Auto behandeln und im
222 Landesverkehrsfinanzierungsgesetz (LVFGKom) mindestens 50 % der Mittel für
223 Infrastruktur des öffentlichen Nahverkehrs wie barrierefreie Haltestellen
224 einsetzen. Das Nahverkehrsgesetz wollen wir novellieren und den Kommunen die
225 Möglichkeit eröffnen, in eigener Verantwortung Nahverkehrsabgaben einzuführen.
226 On-Demand-Angebote, wie es sie in einigen Teilen des Landes bereits gibt, können

227 im ländlichen Raum zur Erschließung weißer Flecken im Streckennetz beitragen, wo
228 für Linienverkehre keine ausreichende Nachfrage besteht. Wir GRÜNE wollen
229 Synergien im Nahverkehr nutzen, die Strukturen überprüfen und rechtliche
230 Rahmenbedingungen verbessern.

231 **Schiene – Rückgrat der klimafreundlichen Mobilität**

232 Unser Ziel ist, die rheinland-pfälzische Schiene und die Bahninfrastruktur zu
233 stärken, damit sich mehr Menschen für eine zuverlässige Bahn als Verkehrsmittel
234 entscheiden. Die Vorratsplanung bei der Reaktivierung von Bahnstrecken werden
235 wir Schritt für Schritt in die Umsetzung bringen. Bei Projekten, die vorerst
236 nicht reaktiviert werden können, sichern wir die Strecken. Auf Bundesebene
237 setzen wir uns für eine Kapazitätserhöhung durch weitere Gleise oder
238 Neubaustrecken ein. Dazu gehört beispielsweise eine Alternativstrecke zum
239 Mittelrhein. Für ein modernes und leistungsfähiges Netz wollen wir die
240 Elektrifizierung von Bahnstrecken auch mit Akku-Hybridzügen vorantreiben – auch
241 auf Neben- und Ausweichstrecken.

242 **Deutschlandticket – Erfolgsgeschichte fortschreiben**

243 Wir GRÜNE wollen das Erfolgsmodell Deutschlandticket fortführen und es auf einem
244 günstigen Preisniveau halten. Unabhängig von der Entfernung zur Schule wollen
245 wir, dass alle Schüler:innen ein Deutschlandticket bekommen. Für Azubis,
246 Studierende und Freiwilligendienstleistende braucht es Vergünstigungen, um ihnen
247 kostengünstige Mobilität zu ermöglichen. Hier setzen wir uns auch für eine
248 einheitliche Regelung auf Bundesebene ein. Zudem machen wir uns für ein
249 Jobticket für alle Landesbediensteten stark.

250 **Rückenwind fürs Rad**

251 Die Stärkung des Radverkehrs muss endlich eine verkehrspolitische Priorität in
252 Rheinland-Pfalz darstellen, finanziell wie personell bei den zuständigen
253 Behörden. Zwischen allen Kommunen sowie zu ÖPNV-Haltestellen und
254 Mitfahrerparkplätzen sollen sichere und gute Verbindungen bestehen, die
255 insbesondere im Alltag die Attraktivität des Radfahrens steigern. Den Neu- und
256 Umbau sowie die Sanierung von Radwegen werden wir deutlich ausweiten. Die sieben
257 Pendler-Radrouten wollen wir zügig umsetzen. Ebenso wollen wir bei Pendler-
258 Radrouten umfangreiche Abstimmungen zwischen verschiedenen Behörden deutlich
259 reduzieren und zentrale vereinfachte Verfahren nutzen, indem wir sie zukünftig
260 als Landesstraßen planen und bauen. Wir werden die Kommunen weiterhin mit der
261 Arbeitsgemeinschaft Fußgänger- und Fahrradfreundlicher Kommunen (AGFFK)
262 unterstützen. Die Planung und Umsetzung von Radwegen werden wir durch das Land

263 stärker koordinieren und so die Kommunen entlasten. Bei der
264 Straßenraumgestaltung für den Radverkehr sollen die Kommunen mehr
265 Handlungsspielraum erhalten, beispielsweise bei der Verwendung von
266 Piktogrammketten. Fahrradprojekte der Kommunen dürfen durch die Aufsichtsbehörde
267 aus finanziellen Gründen nicht untersagt werden.

268 **Sicher und klimafreundlich in Stadt und auf dem Land unterwegs**

269 Insbesondere in den Stadt- und Dorfkernen wollen wir weniger Abgase und
270 Autolärm. Dafür wollen wir mehr Platz für Radwege, Fußgänger:innen und
271 Begegnungsräume. Unser Herzensanliegen, die Schulwegesicherheit, unterstützen wir
272 durch die Förderung von Schulwegekonzepten und die Einrichtung von Schulstraßen.
273 Wir GRÜNE verfolgen darüber hinaus in unserer Verkehrspolitik die Vision Zero –
274 keine Verkehrstoten mehr auf unseren Straßen. Tempo 30 soll deshalb zum neuen
275 Normal in Städten und Dörfern werden. Dabei beraten wir die Kommunen proaktiv,
276 bestehende Möglichkeiten zu nutzen, und setzen uns beim Bund für weitergehende
277 Freiheit der Kommunen zur Ausweitung von Tempo 30 ein. Bürgerbusse unterstützen
278 wir weiter und erkennen das wichtige bürgerschaftliche Engagement in diesen
279 Initiativen an.

280 **Bequem und einfach umsteigen**

281 Die Nutzung von verschiedenen Verkehrsmitteln auf einer Strecke (Multimodalität)
282 ist ein Schlüssel zur klimafreundlichen und flexiblen Mobilität. Wir GRÜNE
283 wollen die Anzahl der Mobilitätsstationen im Land deutlich ausweiten und den
284 Umstieg auf Carsharing- und Bikesharing-Angebote sowie Öffentliche
285 Verkehrsmittel erleichtern. An den Mobilitätsstationen wollen wir ausreichend
286 komfortable und sichere Abstell- und Lademöglichkeiten für Fahrräder zur
287 Verfügung stellen. Wir weiten den Ausbau und die Modernisierung von
288 Bahnstationen in Rheinland-Pfalz zur Steigerung der Aufenthaltsqualität und
289 Barrierefreiheit aus. Das betriebliche und behördliche Mobilitätsmanagement
290 werden wir unterstützen.

291 **Straßeninfrastruktur – Erhalt vor Neubau**

292 Unsere Priorität liegt auf der Sanierung der Straßen, insbesondere der Brücken.
293 Vom Bund fordern wir eine grundlegende Überprüfung und Neubewertung nach Klima-
294 und Umweltaspekten bei allen Straßenneu- und Straßenausbauprojekten im
295 Bundesverkehrswegeplan. Wir wollen die geplanten Landesstraßenneubauprojekte auf
296 den Prüfstand stellen. Aus der Zeit gefallene Autobahn-Großprojekte wie den
297 Ausbau der A 1, B 8 und B 10 sowie den sechsspurigen Ausbau der A 643 und den
298 Moselaufstieg lehnen wir ab. Für den Wunsch vieler Menschen, den Rhein auch

299 zwischen Mainz und Koblenz schnell und einfach überqueren zu können, wollen wir
300 naturverträglich und unter Beteiligung der anliegenden Kommunen geeignete
301 Lösungen finden.

302 **Klimafreundlich unterwegs**

303 Wir setzen uns für einen zügigen, bedarfsgerechten Ausbau der Ladeinfrastruktur
304 gerade im ländlichen Raum ein. Wir wollen die Mitfahrerparkplätze in
305 Zuständigkeit des Landesbetriebs Mobilität und die Liegenschaften des Landes mit
306 Ladestationen und – wo möglich – mit PV-Anlagen ausstatten. Die
307 Dienstwagenflotte des Landes sowie untergeordneter Behörden sollen zügig auf E-
308 Mobilität umgestellt werden. Im Busverkehr unterstützen wir kommunale
309 Unternehmen und Stadtwerke bei der Erreichung der Ziele der Clean-Vehicles-
310 Directive.

311 **Schifffahrt für die Zukunft aufstellen**

312 Wir unterstützen die Binnenschifffahrt in Rheinland-Pfalz. Mit der Verlagerung
313 von Gütern von der Straße auf das Wasser können wir Emissionen sparen, Lärm
314 verringern und unsere Straßen entlasten. Davon profitieren Anwohnerinnen und
315 Anwohner ebenso wie Unternehmen. Wir wollen die klimafreundliche Antriebswende
316 in der Schifffahrt vorantreiben und unsere Häfen zu digitalen Umschlaganlagen
317 weiterentwickeln.

318 **Vor Lärm schützen**

319 Ob Fluglärm, Straßen- oder Bahnlärm: Wir GRÜNE wollen die Menschen vor
320 Verkehrslärm schützen. Mit der Erstellung des Lärmatlases wurden
321 Lärmschwerpunkte für Rheinland-Pfalz identifiziert. Diese wollen wir reduzieren
322 und Lärmschutzmaßnahmen fördern.

323 **Hochschule und Forschung**

324 **Modernste Wissenschaft und Lehre für das Land der guten Ideen**

325 Rheinland-Pfalz ist ein Land der Ideen. Damit das so bleibt, stärken wir die
326 Hochschulen als Orte des Lernens, Forschens und Mitgestaltens. Denn Wissenschaft
327 treibt Innovation, Klimaschutz und unsere Wirtschaft voran. Sie steht für
328 kritisches Denken, Teilhabe und Fortschritt. Hochschulen sind wichtige Orte der
329 Demokratiebildung. Bei uns sollen alle Menschen ohne Gewalt und Diskriminierung
330 lernen, forschen und lehren können.

331 **Unsere Hochschulen: individuell, nachhaltig, demokratisch**

332 Wir GRÜNE wollen unsere Hochschulen im Land dabei unterstützen, entlang ihrer
333 individuellen Profile ihre Potenziale voll auszuschöpfen und für kommende
334 Generationen von Studierenden noch attraktiver zu werden. Dazu gehören eine
335 solide Grundfinanzierung und eine Umgebung, die zum Forschen und Lernen vor Ort
336 einlädt.

337 Mit uns werden die Hochschulen Vorreiter in Sachen Klimaschutz: mit Solaranlagen
338 auf allen Dächern, grünen Außenflächen, einem nachhaltigen Mobilitätsmanagement
339 und einem klaren Plan für die Gebäudesanierung – auch in Eigenregie.
340 Nachhaltigkeitsmanager:innen begleiten die Umsetzung vor Ort. Forschung für
341 Nachhaltigkeit, Bildung für nachhaltige Entwicklung und die Förderung von
342 innovativen Studiengängen gehören dazu.

343 Wir stärken die Demokratie an den Hochschulen – durch mehr Mitbestimmung für
344 Studierende, Tarifverträge für studentische Hilfskräfte und transparente
345 Strukturen mit einem starken Senat.

346 **Gute Bedingungen für Studierende mit starken Studierendenwerken**

347 Wir haben die Zweitstudiengebühren abgeschafft und die psychosoziale Betreuung
348 für Studierende ausgebaut. Studierende aus nicht-akademischen Familien, mit
349 Behinderung oder in herausfordernden Lebenslagen unterstützen wir gezielt – mit
350 weniger Barrieren und mehr Teilhabe und Inklusion. Damit in Rheinland-Pfalz alle
351 Studierenden gesund lernen können, unterstützen wir die Hochschulen dabei, das
352 Thema mentale Gesundheit fest in die Studieneingangsphase zu integrieren.

353 Studierende brauchen gute Bedingungen – vom Semesterticket über bezahlbare
354 Wohnheime bis hin zu gesunder Verpflegung in der Mensa. Dafür stärken wir die
355 Studierendenwerke finanziell und setzen uns für eine BAföG-Reform ein, die die
356 steigenden Kosten insbesondere beim Wohnen wirklich abfedert.

357 **Verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft**

358 Wir sorgen für mehr Sicherheit und Planbarkeit im Wissenschaftsbetrieb: mit mehr
359 festen Stellen im Mittelbau in Anlehnung an das Bremer Modell, fairer Bezahlung
360 und verlässlichen Karrierewege für Wissenschaftler:innen. Strukturen müssen so
361 gestaltet sein, dass Frauen in der Wissenschaft sichtbar sein können und auf
362 allen Karrierestufen gleichsam vertreten sind. Auf Bundesebene setzen wir uns
363 für eine grundlegende Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ein.

364 **Wissenschaft mit Wirkung**

365 Wir wollen, dass Wissen aus den Hochschulen in die Gesellschaft wirkt – und
366 zurück. Deshalb bauen wir die Wissenschaftskommunikation weiter aus, setzen auf
367 Internationalisierung und verteidigen die Freiheit von Forschung und Lehre. Den
368 Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wollen wir verstärkt
369 weiterentwickeln und an jeder Hochschule Innovation Hubs ansiedeln, die
370 Forscher:innen mit Unternehmer:innen vernetzen und beim Gründen und Anmelden von
371 Patenten unterstützen. Das Promotionsrecht für die Hochschulen für Angewandte
372 Wissenschaften war ein wichtiger Schritt, um Forschung und Praxis weiter
373 zusammenzubringen – die weitere Ausgestaltung der Promotionscluster im Land
374 wollen wir unterstützend begleiten. Die Forschung zu KI wollen wir verstärkt auf
375 Umweltforschung ausrichten

376 **Gute Gesundheitsversorgung beginnt mit der Ausbildung**

377 Wir begleiten die Transformation der einzigen Unimedizin im Land. Modelle für
378 mehr Medizinstudienplätze, wie die Medizincampi Trier und Koblenz, möchten wir
379 auf weitere Standorte übertragen und die Zahl der medizinischen Studienplätze
380 weiter ausbauen. Außerdem setzen wir einen starken Fokus auf
381 Pflegewissenschaften und Gesundheitsberufe. Denn gute Gesundheitsversorgung
382 beginnt mit guter Ausbildung.

383 **Verwaltungsdigitalisierung**

384 **Verwaltung als digitaler Service für alle**

385 Die öffentliche Verwaltung ist Service- und Schnittstelle zwischen Bürger:innen
386 und Staat. Für uns GRÜNE ist die zentrale Verfügbarkeit aller staatlichen
387 Dienstleistungen und Angebote auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung eine
388 Selbstverständlichkeit – und das am besten digital.

389 **Bürger:innenfreundliche und barrierefreie digitale Angebote**

390 Die Verfügbarkeit und die Kommunikation der Verwaltung müssen sich an den
391 Bedürfnissen der Menschen ausrichten und nicht umgekehrt. Wir GRÜNE wollen eine
392 moderne Verwaltung, die zeitgemäß auf die Bedürfnisse ihrer Bürger:innen
393 reagieren kann und gleichzeitig wirkungsvoll und mutig arbeitet. Dafür müssen
394 digitale Verwaltungsdienstleistungen einheitlich angeboten werden. Grundsätzlich
395 gilt es, Verwaltungsprozesse neu zu denken sowie bürger:innenfreundlich zu
396 gestalten. Wir wollen die E-Government-Angebote weiter ausbauen und digitale
397 Verwaltungsleistungen barrierefrei und mehrsprachig zur Verfügung stellen. Wir

398 werden den Aufbau einer einheitlichen IT-Infrastruktur für Land und Kommunen
399 unterstützen, die ein auf allen Verwaltungsebenen übergreifendes Arbeiten
400 ermöglicht.

401 **Die Verwaltung der Zukunft: digital, automatisiert und agil**

402 Die öffentliche Verwaltung wollen wir GRÜNE durch Modernisierung und
403 Automatisierungswirkungsvoller gestalten und zu einem Kulturwandel führen. Unser
404 Ziel einer flächendeckenden Einführung der digitalen Aktenführung, zum Beispiel
405 durch e-Akte, werden wir auf allen Verwaltungsebenen umsetzen. Begleitend dafür
406 führen wir einen Change-Management-Prozess ein, um Mitarbeitende und Vorgesetzte
407 bei der Digitalisierung zu schulen. Zusätzlich schaffen wir einen Rahmen, um
408 Künstliche Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung zu testen und einzusetzen.
409 Der Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung muss dabei unter
410 besonderer Verantwortung, der Wahrung von Bürgerrechten, diskriminierungsfrei
411 und absolut transparenter erfolgen.

412 **Klare Zuständigkeiten und Zusammenarbeit bei der Verwaltungsdigitalisierung**

413 Wir wollen klare Zuständigkeiten zur effizienten Umsetzung digitaler Prozesse in
414 Verwaltung und Wirtschaft schaffen. Dazu werden wir die Kommunen bei der
415 Umsetzung der Digitalisierungsvorhaben durch zentrale IT-Dienstleistungen des
416 Landes unterstützen. Hierfür wollen wir unsere öffentlichen IT-Dienstleistungen
417 in einer Digital GmbH bündeln, damit Land und Kommunen enger zusammenarbeiten
418 können.

419 **Transparenz**

420 **Privatsphäre schützen und Transparenz fördern**

421 Wir GRÜNE nutzen die Potenziale digitaler Technologien zum Schutz der
422 Privatsphäre und für Transparenz sowie Open Data auf allen staatlichen Ebenen.

423 **Landestransparenzgesetz weiterentwickeln und digitale Barrieren abbauen**

424 Transparenz im staatlichen Handeln, wie sie auf GRÜNE Initiative im
425 Landestransparenzgesetz verankert ist, wollen wir weiterentwickeln und Treffen
426 von Interessengruppen mit der Landesregierung oder Spitzenbeamt:innen mit einer
427 Karenzzeit von drei Jahren in einem Lobbyregister verpflichtend veröffentlichen
428 und in einem Lobbyregistergesetz einen echten legislativen Fußabdruck für
429 Gesetzgebungsprozesse in Rheinland-Pfalz schaffen. Das Transparenzportal des

430 Landes wollen wir mit Blick auf kommunale Datenbanken weiter ausbauen und
431 umfassend barrierefrei gestalten. Denn in unserer zunehmend digitalisierten Welt
432 sind Barrierefreiheit und digitale Teilhabe von entscheidender Bedeutung, um
433 sicherzustellen, dass alle Bürger:innen uneingeschränkten Zugang zu
434 Informationen und Dienstleistungen haben. Außerdem werden wir die Kommunen bei
435 der Transparenz ihrer Daten unterstützen, beispielsweise bei den
436 Ratsinformationssystemen oder dem Livestreaming aus den Ratssitzungen.

437 **Open Data für alle verfügbar machen**

438 Wir wollen den Menschen, Unternehmen, der Wissenschaft, sozialen Einrichtungen
439 und Initiativen sowie der öffentlichen Verwaltung entgeltfrei öffentliche Daten
440 zur freien Nutzung bereitstellen. Dafür werden wir die Open-Data-Strategie des
441 Landes und das Open-Data-Gesetz evaluieren und den Anwendungsbereich ausweiten.
442 Wir streben eine umfassende Veröffentlichung von Daten der Verwaltung an. Dies
443 gilt insbesondere für wissenschaftliche Zwecke.

444 **Datensouveränität und Cybersicherheit stärken**

445 Die Sicherheit unserer digitalen Infrastruktur und unserer Daten wollen wir
446 weiter ausbauen und unsere Reaktionsmöglichkeiten verstärken. Wir verstehen
447 Datenschutz nicht als Bremse, sondern wollen die Selbstbestimmung über die
448 eigenen Daten – die Datensouveränität – aktiv fördern. Dazu wollen wir die
449 Datenschutzaufsicht stärken. Insbesondere unsere kritische Infrastruktur und
450 sensible Daten der Bürger:innen müssen streng geschützt werden. Unsere
451 Unternehmen unterstützen wir über die Stärkung der Cyberabwehr sowie der
452 Strafverfolgung bei Polizei und Staatsanwaltschaften.

453 **Medien**

454 **Umgang mit Medien fördern, Desinformation bekämpfen und Medienbranche stärken**

455 Wir Grüne wollen, dass Medienbildung als feste Säule schon in Kitas beginnt und
456 in Schulen systematisch weitergeführt wird. Nur wer sich in der digitalen Welt
457 sicher bewegt, kann Fakten von Fake News unterscheiden, Hass-Postings kritisch
458 reflektieren und sich in demokratische Prozesse einbringen. Deswegen wollen wir
459 auch Menschen mit wenig digitaler Vorerfahrung gezielt ansprechen.
460 Desinformation mit dem Ziel der Destabilisierung demokratischer Gesellschaften
461 wird längst gezielt eingesetzt, um beispielsweise Wahlen zu beeinflussen oder
462 staatliche Institutionen und politische Akteur:innen zu beschädigen. Diesen
463 Bedrohungen treten wir GRÜNE entschieden entgegen und unterstützen bei der
464 Aufklärung gegen Desinformation. Dazu werden wir die Einrichtungen der

465 politischen Bildung, Demokratieförderung und Medienkompetenz stärken.

466 **Vielfältige und barrierefreie Medienlandschaft sichern**

467 Eine hochwertige und vielfältige Medienlandschaft ist für eine moderne
468 Demokratie unerlässlich. Wir werden uns deshalb weiter für eine vielfältige und
469 barrierefreie Medienlandschaft einsetzen. Neben einer klaren Unterstützung für
470 einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk bedeutet das für uns GRÜNE auch eine
471 Stärkung der regionalen Medienlandschaft. Wir stärken die Zusammenarbeit der
472 öffentlich-rechtlichen Anstalten und unterstützen den Aufbau gemeinsamer
473 Plattformen sowie die Idee eines Public Open Spacedes öffentlich-rechtlichen
474 Rundfunks auf europäischer Ebene. Beim Ausbau öffentlich-rechtlicher digitaler
475 Angebote haben wir insbesondere junge Menschen im Blick.

476 **Medienbranche als Standort- und Innovationsfaktor fördern**

477 Die Medienbranche ist ein wichtiger Standortfaktor, Arbeitgeber und
478 Innovationsmotor. Wir GRÜNE wollen die Förderung der Kultur- und
479 Kreativwirtschaft weiter ausbauen. Wir setzen uns zudem für sinnvolle
480 Förderkriterien unter Beachtung von Jugendschutzaspekten ein.

481 **Medienbildung und Schutz für Kinder und Jugendliche**

482 Beim Umgang von Kindern und Jugendlichen mit Medien wollen wir nicht nur
483 regulieren, sondern vor allem befähigen. Handyverbote reichen nicht aus, wenn
484 sie nicht von wirksamer Medienbildung begleitet werden. Unser Ziel ist es,
485 Kinder und Jugendliche zu selbstbestimmten, kritischen und respektvollen
486 Nutzer:innen digitaler Räume zu machen und gleichzeitig funktionierende
487 Schutzmechanismen zu schaffen. Deswegen wollen wir auf Bundesebene die Social-
488 Media-Plattformen stärker in die Pflicht nehmen, uns für die Einführung
489 wirksamer Alterskontrollen bei Social-Media-Plattformen einsetzen und die
490 erfolgreiche Kampagne von #ScrollNichtWeg im Land weiter fortsetzen. Zudem
491 wollen wir landesweite Präventionsnetzwerke gegen sexualisierte Gewalt im Netz
492 in Zusammenarbeit mit Polizei, Schulen und Fachstellen einrichten.

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Landesvorstand Rheinland-Pfalz (dort beschlossen am: 16.09.2025)

Titel: **ENTWURF LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 3 - Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten**

Antragstext

1 Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten

2 Gerechtigkeit ist das Fundament eines starken und solidarischen Miteinanders.
3 Für uns heißt gerecht gestalten, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz –
4 unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder Einkommen – gleiche Chancen
5 haben. Bildung ist dafür der Schlüssel: Wir wollen, dass jedes Kind die
6 bestmögliche Förderung bekommt, ob in der Kita, in der Schule oder in der
7 Ausbildung. Weiterbildung soll für alle möglich sein. Jugendliche brauchen Orte,
8 an denen sie sich ausprobieren und mitgestalten können. Arbeit muss fair bezahlt
9 werden. er Unterstützung braucht, muss sie zielgenau bekommen. Familien brauchen
10 verlässliche Betreuung, Pflegekräfte faire Arbeitsbedingungen, Menschen mit
11 Behinderungen volle und gleichberechtigte Teilhabe. Wir setzen uns für eine
12 Gesundheitsversorgung ein, die wohnortnah und am Menschen orientiert ist und für
13 einen starken Verbraucherschutz, der Sicherheit gibt. Antidiskriminierung,
14 Gleichstellung und die Rechte von Frauen genauso wie von queeren Menschen sind
15 für uns unverhandelbar. Integration bedeutet für uns, dass Zugezogene hier im
16 Land ein Zuhause finden und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
17 Gerechtigkeit zeigt sich nicht in großen Worten, sondern im gelebten Alltag, der
18 für alle funktioniert – und dafür machen wir GRÜNE Politik.

19 **Kinder und Familie**

20 **Familie und Beruf unter einem Hut**

21 Familien brauchen Zeit füreinander. Deshalb setzen wir uns für mehr
22 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, für ein Arbeitsrecht, das zu
23 unterschiedlichen Lebensphasen passt und für eine familienfreundliche
24 Unternehmenskultur. Wer Angehörige pflegt, soll eine gesetzlich verankerte
25 Pflegezeit bekommen. Kinderkrankentage sollen wie normale Arbeitstage voll
26 bezahlt werden.. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein. Genauso wie für eine
27 Reform des Elterngelds. Wir wollen, dass längere Elternzeiten auch für Väter
28 attraktiver werden. Auch unsere Landesverwaltung soll familienfreundlicher
29 werden: mit mehr 75 %-Stellen und Führungsjobs in Teilzeit.

30 **Familien entlasten – finanziell und im Alltag**

31 Wohnen, Mobilität, Freizeit: Jede Familie braucht Platz, Zeit und
32 Bewegungsspielraum. Für einen guten Start ins Leben führen wir eine Familienbox
33 zur Geburt ein, ein Startset mit allem, was in den ersten Lebensmonaten des
34 Kindes benötigt wird. Die Familienkarte in Rheinland-Pfalz machen wir
35 automatisch für alle verfügbar. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinderprodukte
36 geringer besteuert werden. Und wir sagen klar: Das Ehegattensplitting gehört
37 abgeschafft. Familienpolitik muss sich an Kindern orientieren – nicht an alten
38 Rollenbildern.

39 **Kinderarmut beenden, Kinderrechte stärken**

40 Jedes Kind soll ohne Armut aufwachsen. Ob in Freizeit, Sport oder der Kunst:
41 Kinder haben ein Recht auf Teilhabe. Wir wollen eine echte Kindergrundsicherung
42 genauso wie höhere Leistungen für Bildung und Teilhabe und setzen uns dafür auf
43 Bundesebene verstärkt ein.

44 Kinder sollen mitreden können: in der Kita, in der Schule, im Alltag, in der
45 Kommune. Das Recht von Kindern zur politischen Beteiligung gehört ins
46 Grundgesetz und in unsere Landesverfassung. Wir GRÜNE haben uns dafür
47 eingesetzt, dass Jugendbeteiligung heute fester Bestandteil der Gemeindeordnung
48 ist. Kinderbeteiligung soll genauso selbstverständlich werden.

49 **Hilfe für Familien in herausfordernden Lebenssituationen**

50 Wenn das Leben aus dem Gleichgewicht gerät, braucht es schnelle Unterstützung.

51 Wir bauen Anlaufstellen für Familien in Not aus und stärken und vernetzen
52 Familienzentren, familienorientierten Verbraucherschutz und die
53 Schuldnerberatung. Das Programm „Guter Start ins Kinderleben“ bringen wir in
54 alle Geburtskliniken in Rheinland-Pfalz und wir schaffen mehr Stellen für
55 Familienhebammen. Frühe Hilfen sollen bis zum sechsten Lebensjahr weitergeführt
56 werden. Personen, die die Jugendhilfe verlassen, wollen wir eine verlässliche
57 wohnungs- und beratungsbezogene Unterstützung bieten, um einen
58 gleichberechtigten Start ins Erwachsenenleben zu sichern.

59 Familien mit einem Kind oder Elternteile mit Behinderung stehen im Alltag vor
60 besonderen Herausforderungen. Eltern mit Behinderungen wollen wir durch einen
61 bedarfsgerechten Ausbau der Elternassistenz unterstützen, damit sie ihre
62 Erziehungsaufgaben selbstbestimmt und gleichberechtigt wahrnehmen können.

63 Gemeinsam mit anderen Bundesländern haben wir uns im Bundesrat dafür eingesetzt,
64 dass auch Pflegeeltern Elterngeld bekommen. Wir werden weiter auf die Umsetzung
65 drängen.

66 **Kinder besser schützen**

67 Jedes Kind soll gewaltfrei aufwachsen – dafür setzen wir uns ein. Mit dem
68 landesweiten Pakt gegen sexualisierte Gewalt sind wir neue Wege gegangen. Mit
69 dem bundesweit ersten Betroffenenbeirat haben wir eine unersetzliche Perspektive
70 von Fachleuten, deren Empfehlungen wir jetzt Schritt für Schritt umsetzen.
71 Darüber hinaus setzen wir mit dem Amt eines/einer Landesbeauftragten gegen
72 sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen bei der Landesregierung einen
73 Meilenstein für die politische Vertretung von betroffenen Kindern und
74 Jugendlichen im Kampf gegen sexuellen Missbrauch.

75 Wir wollen, dass bis spätestens 2029 überall, wo mit Kindern gearbeitet wird –
76 ob in der Schule, im Verein oder im Ferienlager – ein verbindliches
77 Schutzkonzept vorliegt. Dafür stärken wir die Fachkräfte, vor allem in den
78 Kinderschutzdiensten, aber auch im pädagogischen Landesinstitut. Polizei und
79 Justiz werden wir weiter schulen, damit sie kindgerecht arbeiten können. Wir
80 verbessern die Prozesse in Gerichtsverfahren mit Kindern, die sexualisierte
81 Gewalt erleben mussten. Und wir stärken die Kinderschutzdienste im Land. Wir
82 bauen die Opfer- und Entschädigungsberatung aus und sichern die
83 Weiterfinanzierung der „Nummer gegen Kummer“. Denn: Kein Kind soll mit seinem
84 Trauma allein bleiben.

85 **Frühkindliche Bildung**

86 Jedes Kind verdient eine liebevolle, verlässliche und wohnortnahe Kita – mit
87 Herz, Qualität, gesundem Essen und Raum zum Entfalten. Dafür schaffen wir
88 ausreichend Kita-Plätze und gewinnen mehr qualifiziertes Personal durch eine
89 flächendeckend berufsbegleitende Ausbildung, Anerkennung ausländischer
90 Abschlüsse und gezielte Fortbildungen.

91 **Starke Fachkräfte – starke Kitas**

92 Gute Betreuung braucht gute Arbeitsbedingungen. Wir kämpfen für faire Bezahlung,
93 mehr Zeit für die Leitung einer Kita und die Anleitung von Auszubildenden. Zudem
94 sorgen wir für einen besseren Personalschlüssel, der Hand in Hand mit der
95 Fachkräftegewinnung geht. Außerdem setzen wir auf starke Trägerstrukturen und
96 unterstützen Trägerzusammenschlüsse. So sichern wir Qualität, entlasten
97 Fachkräfte und machen den Beruf attraktiver.

98 **Kitas als Familienorte**

99 Kitas sollen Orte der Begegnung für Kinder und Eltern sein. Deshalb bauen wir
100 Familienzentren aus und stärken die Kita-Sozialarbeit. Für echte Teilhabe setzen
101 wir auf inklusive Bildung von Anfang an und sorgen dafür, dass die Kitas im Land
102 diese Aufgabe auch meistern können.

103 **Ein guter Start in die Schule**

104 Kinder sollen mit Mut und Freude in die Schule starten. Durch frühzeitige
105 Förderung, gezielte Sprachbildung und verlässliche Strukturen schaffen wir einen
106 fließenden Übergang von der Kita in die Grundschule

107 **Schule**

108 **Für einen kindgerechten Ganzttag**

109 Ganzttagsschulen sind mehr als Betreuung. Sie brauchen Angebote, die Kinder
110 begeistern – mit Musik, Bewegung, Natur und Kunst. Dafür setzen wir auf starke
111 Kooperationen, Partizipation aller am Ganzttag Beteiligten – insbesondere der
112 Kinder – und auf gut ausgebildete und gut bezahlte Fachkräfte. Der Ganzttag soll
113 nicht überfordern, sondern bereichern.

114 **Gute Räume fürs gute Lernen**

115 Gute Bildung braucht gute Lernorte, nicht stinkende Toiletten oder überhitzte

116 Räume im Sommer. . Wir setzen uns für moderne, barrierefreie Schulgebäude mit
117 Rückzugsorten, grünen Schulhöfen und Raum für kreatives Lernen ein. Ein
118 landesweites Sanierungsprogramm ist daher ein Muss.

119 **Lehrkräfte entlasten und Talente fördern**

120 Unsere Schulen brauchen motivierte, gut aus- und fortgebildete Lehrkräfte. Diese
121 brauchen Zeit für das Wesentliche: die Schüler:innen. Deshalb wollen wir sie von
122 Bürokratie entlasten, multiprofessionelle Teams ausbauen und eine moderne und
123 vor allem praxisnahe Ausbildung ermöglichen. Wer unterrichtet, soll gut
124 vorbereitet sein – fachlich, pädagogisch und menschlich. Daher wollen wir
125 Studium und Schulalltag im Rahmen eines praxisnahen Stufenlehramts eng
126 miteinander verzahnen. Wir werden die Lehrpläne entschlacken, die Studentafeln
127 entzerren und den Lehrkräften so mehr Freiheiten geben, den Schüler:innen das
128 nahe zubringen, was sie auch wirklich interessiert. Statt auf Noten und
129 Klausuren setzen wir auf konstruktive Rückmeldungen, aus denen sich wiederum der
130 weitere Unterricht ableitet. Auch machen wir uns weiter für ein einheitliches
131 Einstiegsgehalt aller Lehrkräfte stark: A13 für unsere Grundschullehrkräfte ist
132 in Rheinland-Pfalz längst überfällig.

133 **Schule als Ort des Miteinanders**

134 Bildung ist mehr als Wissen. Schule muss ein sicherer Ort sein, an dem sich alle
135 wohlfühlen. Soziales Lernen, Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige
136 Entwicklung und Zivilcourage stehen ganz oben auf den Lehrplänen. Inklusion ist
137 dabei für uns kein Extra – sie ist ein Menschenrecht. Jedes Kind verdient die
138 Förderung, die es braucht. Inklusiv Schulen, in denen alle Kinder gemeinsam
139 lernen, bieten dafür die besten Voraussetzungen. Wir wollen die Zahl der
140 Integrierten Gesamtschulen deutlich steigern. Wir sind davon überzeugt, dass
141 alle Schüler:innen von Vielfalt profitieren und werden uns weiter dafür
142 einsetzen, dass es künftig keine sogenannten Brennpunktschulen mehr gibt.
143 Stattdessen setzen wir auf sozial durchmischte Klassen, in denen alle
144 miteinander und voneinander lernen.

145 Wenn ein erfolgreicher Schulabschluss gefährdet ist, handeln wir früh mit
146 gezielter Förderung im Ganztage. Wir wollen, dass niemand durch das Raster fällt.
147 Deshalb erfassen wir Bildungsverläufe besser und begleiten Jugendliche
148 verlässlich – auch nach der Schulzeit. Wir wollen keinen jungen Menschen ohne
149 Abschluss zurücklassen.

150 **Digitalisierung sinnvoll nutzen – Digitale Lernmittelfreiheit für Alle**

151 Wir gestalten Schule im digitalen Zeitalter mit dem Ziel, dass Unterricht wieder
152 Spaß macht. Dafür sorgen moderne Infrastruktur, Support bei Problemen und eine
153 gute Ausstattung für alle. Ebenso wichtig sind Lehrkräfte, die digitale
154 Werkzeuge sinnvoll einsetzen können. Dabei geht es nicht nur um Technik, sondern
155 auch darum, junge Menschen zu selbständigem, kritischem Denken zu befähigen. Das
156 Lernen wird so interaktiver, barrierefreier und alltagsnäher. Schulbücher wollen
157 wir mehr und mehr durch kostenfreie digitale Medien ersetzen. In
158 Schulbibliotheken sollen Bücher unbürokratisch ausgeliehen werden können.

159 **Ausbildung und berufliche Bildung**

160 **Duale Ausbildung stärken**

161 Das System der dualen Ausbildung ist einzigartig in Deutschland. Es bereitet
162 junge Menschen praxisnah auf das Berufsleben vor. Wir setzen uns für gut
163 ausgestattete Berufsschulen und überbetriebliche Ausbildungsstätten ein.
164 Gemeinsam mit den Ausbildungsbetrieben und Kammern setzen wir auf moderne und
165 zukunftsfähige Ausbildungsrahmenpläne. Die überbetriebliche Ausbildung wollen
166 wir sichern und ausbildende Betriebe dabei unterstützen.

167 **Mehr Praxis in den Schulalltag**

168 Schüler:innen sollen eigene Interessen entdecken und stärken dürfen. Wir
169 ermöglichen allen Schulen, Praxistage fest in den Schulalltag einzubinden. So
170 geben wir jungen Menschen früh die Chance, eigene Talente und Interessen zu
171 erkennen und eine klare Perspektive für ihren Berufsweg zu entwickeln. Auch die
172 Möglichkeit einer dualen Oberstufe wollen wir modellhaft erproben und so jungen
173 Menschen die Chance geben, gleichzeitig Abitur und Gesellenbrief zu erwerben.
174 Dafür fördern wir Pilotprojekte mit engagierten Schulen und Betrieben –
175 orientiert an erfolgreichen Modellen aus anderen Bundesländern.

176 **Raum für Entwicklung–Ein Jahr für andere, ein Jahr für sich**

177 Manchmal braucht das Lernen eine Pause, insbesondere in der Pubertät. Viele
178 Jugendliche spüren in dieser Zeit, dass sie Abstand brauchen – nicht, um
179 aufzugeben, sondern um sich weiterzuentwickeln. Wir wollen jungen Menschen die
180 Möglichkeit geben, nach neun Schuljahren einen Freiwilligendienst zu leisten –
181 ob im sozialen, ökologischen oder kulturellen Bereich – und im Anschluss wieder
182 zur Schule zurückkehren zu können. So schaffen wir eine freiwillige Auszeit mit
183 Sinn und helfen Jugendlichen, gestärkt und orientiert in die Schule
184 zurückzukehren.

185 **Bildungsgerechtigkeit für alle**

186 Bildung muss zu unterschiedlichen Hintergründen und Biografien passen. Nicht
187 alle durchlaufen ihre schulische Laufbahn in der Regelzeit. Auch junge
188 Geflüchtete und andere, die wegen Krankheit oder sonstigen Umständen zeitliche
189 Verzögerungen hinnehmen müssen, brauchen eine echte Perspektive. Wer nicht mehr
190 schulpflichtig ist, soll trotzdem lernen dürfen. Wir setzen uns für ein Recht
191 auf Schule bis 25 ein – damit alle, unabhängig von Herkunft und Alter, eine
192 faire Chance auf Bildung und Zukunft haben.

193 **Weiterbildung**

194 **Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind Teil von Daseinsvorsorge**

195 Gemeinwohlorientierte Weiterbildung ist ein öffentliches Gut und ein Teil
196 staatlicher Daseinsvorsorge. Sie darf nicht auf Erwerbsorientierung und -
197 verwertbarkeit reduziert werden. Lebenslanges Lernen ist ein Grundrecht und
198 entscheidend für unsere Zukunft. Egal ob für den nächsten Karriereschritt oder
199 den Einstieg in einen Beruf mit Zukunft, Weiterbildung stärkt die Menschen und
200 unser Land.

201 **Ein modernes Weiterbildungsgesetz für gerechten Zugang**

202 Ob Menschen endlich flüssig lesen lernen, den versäumten Schulabschluss
203 nachholen oder sich im Beruf weiterentwickeln – in Zeiten des Fachkräftemangels
204 brauchen wir Menschen, die Lust auf Neues haben. Wir GRÜNE wollen die
205 Weiterbildung daher moderner und für alle zugänglich machen. Eine verlässliche
206 Finanzierung, qualifizierte Lehrende, kontinuierliche Fortbildung und faire
207 Honorare bilden hierfür die Grundlage. Dafür planen wir ein neues
208 Weiterbildungsgesetz, das den aktuellen Herausforderungen auch gerecht wird. Es
209 soll dafür sorgen, dass Weiterbildung überall möglich ist – in der Stadt genauso
210 wie auf dem Land, digital und analog. Auf diese Weise wird das Lernen flexibler
211 und leichter erreichbar. Zudem setzen wir uns weiter dafür ein, dass
212 Weiterbildungsangebote unabhängig vom Geldbeutel wahrgenommen werden können.
213 Auch deswegen sollen diese Angebote von der Umsatzsteuer befreit bleiben.

214 **Jugend**

215 **Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt von GRÜNER Politik**

216 Jugendbeteiligung ist kein Extra, sondern Grundsatz. Mit dem bundesweit ersten

217 Landesjugendbeirat haben wir begonnen – jetzt gehen wir weiter: Wir stärken
218 seine Rechte und beziehen junge Menschen insgesamt systematischer als bisher in
219 die Landespolitik ein. Alle Gesetze werden künftig mit einem Jugendcheck
220 geprüft. Diesen führen wir im Rahmen eines Jugendbeteiligungsgesetzes ein, mit
221 welchem wir Beteiligung auf kommunaler Ebene einheitlich regeln und eine
222 Beratungsstelle für Jugendbeteiligung auf Landesebene einrichten. Das
223 Jugendklimaforum führen wir fort.

224 In jeder Kommune soll Jugendbeteiligung verbindlich sein. Dafür braucht es
225 Ansprechpersonen, eigene Budgets und klare Rechte, wie Rede- Anhörungs- und
226 Antragsrecht. Deswegen richten wir ein Kommunales Investitionsprogramm zur
227 Jugendförderung und Teilhabe (KIJugend) ein, das Kommunen gezielt bei
228 innovativen Projekten zur Förderung von Kindern und Jugendlichen unterstützt.
229 Wir machen die Reform der Gemeindeordnung zu einem Hebel für echte
230 Mitbestimmung. Den Dachverband der kommunalen Jugendvertretungen als starken
231 Akteur für Jugendbeteiligung vor Ort wollen wir weiter fördern.

232 Die besten Innovationen gehen oft von jungen Menschen aus. Wir wollen das
233 anerkennen und fördern innovative Projekte von und mit Jugendlichen mit einer
234 fondsfinanzierten Förderung.

235 Wir möchten, dass die Stimme von jungen Menschen politisches Gewicht bekommt.
236 Auch wenn unsere Initiative zur Senkung des Wahlalters bei Kommunal- und
237 Landtagswahlen auf 16 Jahre bisher an der gesetzlichen 2/3-Mehrheit scheiterte,
238 lassen wir nicht locker und kämpfen weiter für eine Absenkung des Wahlalters in
239 Rheinland-Pfalz.

240 **Starke Jugendarbeit – starke Demokratie**

241 Jugendarbeit ist Rückhalt, Bildung und Gemeinschaft. Wir bauen die eigenständige
242 Jugendpolitik durch die Jugendstrategie JES weiter aus. Wir vereinfachen die
243 Förderstruktur und erhöhen die Mittel für Freizeiten, politische
244 Bildungsmaßnahmen und Schulungen für ehrenamtlich Mitarbeitende. Ehrenamtliche
245 stärken wir mit besserer Bezahlung bei Verdienstausfall und gezielter
246 Qualifizierung. Wir fördern Jugendräume als zweckfreie Rückzugsorte für junge
247 Menschen und eine Struktur der Beteiligung vor Ort. Im ländlichen Raum fühlen
248 sich Jugendliche oft abgehängt. Gerade hier braucht es konsumfreie Orte, wo
249 Jugendliche sich treffen können.

250 **Schutz und Prävention von sexualisierter Gewalt**

251 Wir setzen den Pakt gegen sexualisierte Gewalt konsequent um. Dafür schaffen wir

252 Personalstellen, unterstützen Schutzkonzepte in allen Einrichtungen und schulen
253 ehrenamtlich Engagierte.

254 **Echte Freiwilligkeit beim Freiwilligendienst**

255 Freiwilligendienste sollen freiwillig bleiben. Wir sorgen dafür, dass alle, die
256 einen Freiwilligendienst absolvieren wollen, dies unabhängig vom Geldbeutel oder
257 Wohnort tun können. Mit besserer Bezahlung, mehr Mobilitätsgeld und einem Zugang
258 auch für Jugendliche mit Berufsreife. Die Wiedereinführung einer allgemeinen
259 Wehrpflicht lehnen wir deutlich ab.

260 **Alltag bezahlbar machen: Wohnen und Mobilität**

261 Azubis, Studierende, aber auch junge Menschen aus der Jugendhilfe sind auf
262 bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Wir schaffen neue Angebote und fördern günstige
263 Mietmöglichkeiten. Für alle, die wenig Geld haben, machen wir Mobilität leichter
264 – mit einem vergünstigten Deutschlandticket für Studierende, Azubis,
265 Freiwilligendienstleistende und Inhaber:innen der Ehrenamtskarte oder Juleica.
266 Und einem besseren Busangebot auch im Nachtverkehr.

267 **Arbeit**

268 **Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt**

269 Eltern brauchen verlässliche Betreuungsangebote für ihre Kinder, um arbeiten
270 gehen zu können oder ihre Stunden aufzustoßen. Wir wollen eine flexible
271 Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht, freier zu entscheiden, wie ihre
272 persönliche Vollzeit innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden aussieht.
273 Angebote wie die Vier-Tage-Woche wollen wir fördern, um auch Freiräume für
274 ehrenamtliches Engagement oder familiäre Aufgaben zu ermöglichen. Außerdem
275 setzen wir uns für einen Anspruch auf eine Pflegezeit ein, die hilft, die Sorge
276 für einen nahestehenden Menschen mit dem Beruf besser zu vereinbaren. Zur
277 Unterstützung von mobilem Arbeiten wollen wir dezentrale Co-Workingspaces
278 fördern.

279 **Fachkräftepotenzial ausschöpfen**

280 Der Fachkräftebedarf ist nach wie vor groß. Deshalb müssen wir die besten
281 Ausgangsbedingungen schaffen, die allen eine gerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt
282 ermöglichen. Insbesondere bei der Erwerbstätigkeit von Frauen, Menschen mit
283 Migrationserfahrung, Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Behinderungen, älteren

284 Menschen und jungen Menschen ohne Abschluss sind diese ungenutzten Potenziale
285 vorhanden. Die Programme "Bedarfsgemeinschaftscoaching", "Jobfux",
286 "Jugendberufsagenturen", "JobAction", "Jobcoach24+" und "Frauen aktiv in die
287 Zukunft" wollen wir deshalb ausbauen. Die Beschäftigung von Menschen mit
288 Behinderungen wollen wir in die Fachkräftestrategie aufnehmen. Die Vermittlung
289 gerade von langzeitarbeitslosen Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt
290 setzen wir gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern durch
291 eine personalintensive Begleitung kontinuierlich um. Für einen verlässlichen
292 Öffentlichen Dienst wollen wir GRÜNE ein modernes Beamtenrecht, das
293 Aufstiegschancen, familienfreundliche Bedingungen, flexible Arbeitszeitmodelle
294 und den erleichterten Quereinstieg bietet. Mit der Einführung einer pauschalen
295 Beihilfe schaffen wir echte Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung und erhöhen
296 so Fairness, Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in
297 Rheinland-Pfalz.

298 **Arbeitsschutz ausbauen**

299 Um die Arbeitskraft der Fachkräfte zu erhalten, müssen wir auch ihre Gesundheit
300 schützen. Daher wollen wir das Personal bei den Arbeitsschutzkontrollen des
301 Landes aufstocken und gesundheitspräventive Maßnahmen im engen Dialog mit den
302 Arbeitnehmer:innen-Vertretungen fördern. Wir möchten auch Beratungsangebote für
303 entsandte Beschäftigte zum Schutz vor schlechten Arbeitsbedingungen und
304 Ausbeutung, besonders in den Sektoren Logistik, Bau, Landwirtschaft und der
305 sogenannten 24-Stunden-Pflege, stärken.

306 **Tariftreue belohnen**

307 Menschen, die nach Tarifvertrag beschäftigt werden, haben nachweislich bessere
308 Arbeitsbedingungen. Deshalb wollen wir als Land unsere Marktmacht bei der
309 Auftragsvergabe nutzen und nur noch Unternehmen beauftragen, die Tariftreue
310 garantieren. Darum reformiert die Landesregierung derzeit das
311 Landestariftreuegesetz (LTTG). Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir
312 diesen Weg weitergehen und auch die Vergabeordnung anpassen.

313 **Soziales**

314 **Armut bekämpfen**

315 Wir stehen an der Seite von Menschen, die in Armut leben oder von Armut bedroht
316 sind. Wir wollen Menschen helfen und nicht mit Sanktionen von der Gesellschaft
317 ausgrenzen. Konkret auf Landesebene wollen wir darum die Förderung der
318 Schuldnerberatungsstellen weiter ausbauen. Mit den Clearingstellen

319 Krankenversicherung unterstützen wir Menschen ohne Versicherung dabei, (wieder)
320 Zugang zur Krankenversicherung zu bekommen. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir
321 mit einem weiteren Standort in Trier stärken. Leider gelingt es nicht immer,
322 Menschen rechtzeitig in eine Krankenversicherung zu vermitteln. Deshalb fördern
323 wir insbesondere die schnelle und unbürokratische medizinische Versorgung von
324 Schwangeren ohne Krankenversicherung. Perspektivisch streben wir auch für alle
325 Menschen ohne Krankenversicherung, die dringend medizinische Versorgung
326 benötigen, einen Notfallfonds nach diesem Modell an.

327 **Gemeinwesen und Sozialarbeit vor Ort weiter ausbauen**

328 Um Menschen in armutsgefährdeten Quartieren und Dörfern niedrigschwellig zu
329 erreichen, wollen wir die Gemeinwesen- und Sozialarbeit vor Ort weiter ausbauen.
330 In diesem Zusammenhang setzen wir uns für Modellversuche mit sozialen
331 Servicebüros in den Kreisen und kreisfreien Städten ein, die alle soziale
332 Leistungen der Kommune, des Landes und des Bundes bündeln. Dort sollen
333 Leistungsansprüche proaktiv kommuniziert werden. Denkbar sind auch monatliche
334 Familientage zur niedrigschwelligen Information über mögliche Leistungen.

335 **Kommunale Sozialpässe und Sozialticket für Mobilität und Teilhabe**

336 Als Land wollen wir die Einführung kommunaler Sozialpässe für Menschen in
337 Grundsicherung unterstützen. Auch ein Sozialticket für
338 Grundsicherungsempfänger:innen, das nicht mehr kostet als der Regelbedarf für
339 Mobilität, wollen wir landesweit fördern. Bundesweit setzen wir uns weiter für
340 eine Kindergrundsicherung, eine wirksame Grundsicherung und einen Klimabonus
341 ein.

342 **Gemeinsam gegen Einsamkeit – Mehr soziale Integration**

343 Immer mehr Menschen fühlen sich einsam in ihrem Leben. Die Folgen der Corona-
344 Pandemie und die Digitalisierung haben dies weiter verstärkt. Besonders
345 betroffen sind junge Erwachsene, ältere Menschen, Alleinerziehende, queere
346 Menschen, Menschen mit Migrationserfahrung sowie Menschen, die von Armut bedroht
347 sind. Wir wollen die bestehenden Projekte für ältere Menschen ausbauen und
348 verstärkt auch Projekte für die größer werdende Gruppe der einsamen jungen
349 Menschen aufbauen. Dabei haben wir alle genannten Zielgruppen im Blick. So
350 wollen wir Mehrgenerationenhäuser in den Kommunen fördern und gesellschaftliche
351 Räume der Vernetzung (z.B. Jugendhäuser) für Menschen jeglicher sozialer
352 Herkunft und besonders im ländlichen Raum ausbauen.

353 Sprachförderung, Nachbarschaftshilfe, Generationentreffs, Kultur: Wir wollen die

354 Bedürfnisse der Menschen in ihrem Sozialraum gemeinsam erkennen und erfüllen..

355 **Bestattungen zeitgemäß ermöglichen**

356 Das neue Bestattungsgesetz schließt moderne, vielfältige Wege der Bestattung
357 ein. Es ermöglicht individuelle Abschiede und achtet religiöse wie
358 weltanschauliche Überzeugungen. Damit sind wir einen wichtigen Schritt in
359 Richtung einer zeitgemäßen Trauer- und Bestattungskultur gegangen.

360 **Inklusion**

361 **Inklusiver Landesdienst**

362 Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im Landesdienst wollen wir
363 durch zusätzliche Stellen und eine verbindliche Zielplanung der Ressorts mit
364 Maßnahmen und zentralem Controlling fördern. Dabei streben wir eine
365 Beschäftigungsquote von sechs Prozent an. Wir wollen Inklusionsbetriebe und -
366 abteilungen des Landes schaffen.

367 **Inklusiver Arbeitsmarkt**

368 Wir wollen die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung im regulären
369 Arbeitsmarkt erleichtern. Die Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte
370 Menschen muss die Ausnahme bleiben und besser bezahlt werden. Dafür soll
371 modellhaft ein zeitlich begrenzter Mindestlohn für Werkstattbeschäftigte erprobt
372 werden. Das Land soll verbindliche Inklusionsvereinbarungen mit den Werkstätten
373 für behinderte Menschen abschließen und diese Maßnahmen durch Fördermittel des
374 Europäischen Sozialfonds absichern. Inklusionsfirmen wollen wir weiter ausbauen
375 und die Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen um mindestens 25 Prozent
376 steigern. Aufträge und Vergaben des Landes sollen nur bei Einhaltung der
377 Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen möglich sein. Personenzentrierung
378 und Alternativen zur Tagesförderstätte bauen wir aus.

379 **“Nicht über uns, ohne uns”**

380 Menschen mit Behinderungen brauchen eine kraftvolle Selbstvertretung mit
381 professionellen Strukturen, um ihre Interessen und Belange selbst vertreten zu
382 können.

383 Unser Ziel sind kommunale Behindertenbeiräte und -beauftragte in allen
384 Landkreisen und kreisfreien Städten sowie in mehr Verbandsgemeinden.

385 Hauptamtliche kommunale Behindertenbeauftragte fördern wir.

386 Die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) werden wir weiter vernetzen
387 und mit landesweiten Werbeaktionen bekannter machen. Dabei machen wir die
388 Kompetenzstärkung im Bereich psychisch erkrankter Menschen verpflichtend. Wir
389 stärken die Kompetenzen der unabhängigen Besuchskommissionen für Einrichtungen
390 und Angebote für Menschen mit Behinderungen.

391 **Barrierefreies Rheinland-Pfalz**

392 Wir fördern niedrigschwellige barrierefreie Mobilitätsangebote im ganzen Land.
393 Die im Landesinklusionsgesetz festgeschriebene Landesfachstelle Barrierefreiheit
394 werden wir einrichten und ein Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit aufbauen.

395 Wir fangen bei unseren Landesgebäuden an und machen Hochschulen/Universitäten
396 und Polizeigebäude umfassend barrierefrei.

397 Auch die digitale Barrierefreiheit des Landes bauen wir weiter aus, die
398 Klagemöglichkeit der Verbände der Menschen mit Behinderungen schärfen wir. Die
399 Förderung von digitalen Technologien und Vorhaben werden von der Beteiligung von
400 Menschen mit Behinderungen abhängig gemacht.

401 Wir wollen die Gebärdensprachdolmetscher:innen-Versorgung im Land sicherstellen
402 und dafür einen gemeinsamen Studiengang mit Baden-Württemberg entwickeln.

403 Ferien- und Freizeitangebote für Menschen mit Behinderung wollen wir weiter
404 ausbauen.

405 **UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen**

406 Den Landesaktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention schreiben wir fort.
407 Nach einem breiten Beteiligungsprozess wird er bereits zur Mitte der Wahlperiode
408 vorliegen. Das bestehende und neue Landesrecht soll konsequent auf die
409 Vereinbarkeit mit der UN-Behindertenrechtskonvention überprüft und angepasst
410 werden.

411 Wir unterstützen das Vorhaben, die Kinder- und Jugendhilfe umfassend zu
412 reformieren. Dabei sollen alle Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe im
413 Sozialgesetzbuch (SGB VIII) gebündelt werden.

414 **Verbraucher:innenschutz**

415 **Energieeffizienz und Schulden –neue Herausforderungen anpacken**

416 Fossile Energie wird teurer, Betrug rund um das Thema Wärme- und
417 Energieversorgung nimmt im Netz zu. Wir GRÜNE wollen, dass die Energie- und
418 Wärmewende in den Haushalten gelingt. Deshalb sollen Strom- und Wärmesperren
419 oder sogar Energieverschuldung gar nicht zustande kommt. Dafür wollen wir die
420 Energie- und Schuldner:innenberatung durch die Verbraucherzentrale weiter
421 stärken und ausbauen – damit Menschen frühzeitig erreicht werden, überbezahlte
422 Tarife leichter erkennen und rechtzeitig wechseln können.

423 **Digitale Räume in Zeiten von künstlicher Intelligenz – Schutz im Netz**
424 **garantieren**

425 Viele Betrugsfälle im Netz entstehen durch falsche Identitäten. Wir setzen uns
426 für eine technisch sichere Umsetzung der eIDAS 2.0 Verordnung und der EU-
427 Digitale Brieftasche (European Digital Identity Wallet) ein, damit Nutzer:innen
428 vor Phishing, Identitätsdiebstahl und Fake-Shops durch sichere digitale Ausweise
429 geschützt werden. Der Bund soll dafür sorgen, dass diese Systeme von staatlichen
430 Stellen und nicht durch private Anbieter betrieben werden. Nur so bleiben die
431 Daten geschützt und die Kontrolle bei den Menschen. Künstliche Intelligenz
432 verändert vieles. Wer von KI getäuscht oder benachteiligt wird, verdient Schutz.
433 Wir GRÜNE wollen klare Regeln und eine starke Beschwerdestelle in Rheinland-
434 Pfalz. Dafür sorgen wir für die finanziellen und personellen Ressourcen im
435 Haushalt.

436 **Verbraucherbildung von Anfang an – in der Schule, im Alltag**

437 Junge Menschen brauchen Orientierung in einer Welt voller (Des)Informationen,
438 unkontrollierter Werbung und digitaler Angebote. Damit sie selbstbestimmt
439 entscheiden können, machen wir Verbraucher:innenbildung ab Klasse 9 zum festen
440 Bestandteil im Unterricht. Lehrkräfte erhalten praxistaugliche Materialien und
441 gezielte Fortbildungen. Dafür stellen wir die Mittel für erste Pilotprojekte
442 bereit. So stärken wir Medienkompetenz und schützen von klein auf vor
443 Kostenfallen und Manipulation.

444 **Verbraucherzentrale stärken – direkte Beratung ausbauen**

445 Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz ist eine unerlässliche Partnerin an der
446 Seite der Menschen. Wir wollen den Ausbau ihrer Angebote vor Ort unterstützen,
447 vor allem dort, wo es bisher keine Anlaufstellen gibt, damit Jung und Alt
448 erreicht werden. Dafür setzen wir auf mobile Pop-up-Beratungen, vor allem in
449 ländlichen Regionen, sowie auf aufsuchende Hilfe und mehr digitale Angebote. Ein
450 wichtiger Meilenstein war und ist die institutionelle Förderung der
451 Verbraucherzentrale, die wir auch weiter sichern möchten.

452 **Gesundheit**

453 **Starke Krankenhäuser vor Ort**

454 Bund und Länder haben eine umfassende Krankenhausreform auf den Weg gebracht.
455 Wir wollen die dafür nötigen Veränderungen in Rheinland-Pfalz schnellstmöglich
456 umsetzen, mit dem Ziel, alle Menschen immer zur richtigen Zeit am richtigen Ort
457 zu behandeln. Alle notwendigen Geburtskliniken müssen erhalten bleiben. Dort, wo
458 jetzt schon eine Versorgungslücke besteht, sollen "Regiokliniken" entstehen, die
459 ambulante, stationäre und pflegerische Angebote vereinen. Wir setzen uns bei der
460 Umsetzung der Reform und der Investitionskosten für ein Benachteiligungsverbot
461 stationersetzender Versorgungsformen ein.

462 **Geburtshilfe stärken – Hebammen unterstützen**

463 Schwangere und ihr Kind brauchen zum Schutz ihrer Gesundheit vor, während und
464 nach der Geburt die bestmögliche Versorgung. Die Hebammenzentralen und
465 hebammengeleiteten Kreißsäle in Rheinland-Pfalz haben diese Versorgung
466 verbessert, deshalb wollen wir sie auch in weiteren Regionen des Landes fördern.
467 Zur Unterstützung der ambulanten Hebammenversorgung, insbesondere in
468 strukturschwachen Regionen, wollen wir eine flächendeckende, pauschale
469 Niederlassungsförderung einführen. Wir setzen uns für eine faire Bezahlung der
470 Hebammen und beste Rahmenbedingungen für eine 1:1-Betreuung bei der Geburt ein.

471 **Psychische Gesundheit fördern**

472 Psychisch erkrankte Menschen brauchen schnell psychiatrische oder
473 psychotherapeutische Behandlung. Eine Reform der Bedarfsplanung auf Bundesebene
474 ist dringend notwendig, um mehr Kassensitze für Therapeut:innen zu schaffen.
475 Insbesondere die bisherige Versorgungsstruktur für Jugendliche und junge
476 Erwachsene muss verbessert werden. Wir wollen niedrigschwellige und
477 unbürokratische Angebote für junge Menschen in Krisen fördern.
478 Selbsthilfegruppen und Genesungsbegleiter:innen wollen wir finanziell besser
479 unterstützen. Für erwachsene Menschen mit psychischen und geistigen
480 Beeinträchtigungen wollen wir ein Kriseninterventionszentrum einführen.

481 **Medizinischer Zugang für alle**

482 Gute medizinische Versorgung muss für alle erreichbar sein, ohne Hürden und ohne
483 Diskriminierung. Wir wollen das begonnene Präventionsprojekt in Regionen mit
484 geringer Lebenserwartung praktisch umsetzen und das Konzept der
485 Gesundheitskioske aufgreifen. Insbesondere die Gesundheitsversorgung von trans-,
486 inter- und nicht binären Personen wollen wir verbessern. Für Wohnungslose
487 fördern wir ein niedrigschwelliges, allgemeinmedizinisches Angebot. Wir werben

488 weiter dafür, die elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerber:innen in den
489 Kreisen und kreisfreien Städten einzuführen.

490 Für die Barrierefreiheit von bestehenden Arzt- und Therapiepraxen starten wir
491 ein Förderprogramm. Medizinische Zentren für erwachsene Menschen mit
492 Behinderungen (MZEB) bauen wir aus und vernetzen sie mit Angeboten vor Ort.

493 **Gesundheitliche Auswirkungen der Klimakrise begrenzen**

494 Die Klimakrise belastet zunehmend sowohl die Gesundheit der Menschen als auch
495 das Gesundheitssystem. Wir werden den Landeshitzeaktionsplan weiterentwickeln
496 und wollen die Kommunen verpflichten, eigene Hitzeaktionspläne zu erlassen und
497 umzusetzen. Wir wollen außerdem Klimaanpassungsmaßnahmen der gesundheitlichen
498 Einrichtungen und klimaneutrale Krankenhäuser voranbringen und fördern.

499 **Ambulante Versorgung sichern**

500 Die Menschen brauchen eine gute Versorgung mit Haus- und Fachärzt:innen im
501 ganzen Land. In Regionen mit weiten Wegen zu medizinischen Einrichtungen setzen
502 wir uns für Bürgerbusse, Hol- und Bringdienste (z. B. Therapietaxis) und mobile
503 ärztliche Praxen mit Sprechstunden vor Ort ein. Telemedizinische Angebote bauen
504 wir aus. Wir wollen weiter Kommunen fördern, die Medizinische Versorgungszentren
505 (MVZ) gründen wollen. Zur niedrigschwelligen ambulanten Versorgung wollen wir
506 "Community Health Nurses" einführen.

507 Wer sich zu einem Schwangerschaftsabbruch entscheidet, muss eine angemessene
508 Versorgung erhalten. Zur Behandlung von Endometriose fördern wir entsprechende
509 Zentren.

510 Wir wollen auch die Behandlung von Long Covid, Post Vac und ME/CFS vorantreiben.

511 Durch eine Sensibilisierung der Ärzt:innen wollen wir auch die Zugänge zur Prä-
512 Expositions-Prophylaxe (PrEP) und Post-Expositions-Prophylaxe (PeP) zum Schutz
513 vor HIV und Aids erleichtern.

514 **Gesundheitssystem solidarisch finanzieren**

515 Wir wollen eine allgemeine Bürgerversicherung. Solange diese auf Bundesebene
516 nicht umgesetzt wird, ermöglichen wir den Beamt:innen in Rheinland-Pfalz ein
517 Wahlrecht für den Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung.

518 **Regionale Gesundheitsplanung zur sektorenübergreifenden Versorgung**

519 Gesundheitsplanung muss sich an den Versorgungspfaden der Patient:innen
520 ausrichten. Wir GRÜNE wollen daher Gesundheits- oder Versorgungskonferenzen in
521 öffentlich-rechtlicher Trägerschaft einführen und regionale Modellprojekte zur
522 sektorenübergreifenden Versorgung ("Gesundheitsregionen") anstoßen – zunächst
523 insbesondere in unterversorgten Regionen.

524 **Notfallversorgung verbessern**

525 Wenn Hilfe gebraucht wird, muss sie schnell sein. Dazu kann auch ein 24 Stunden
526 einsatzbereiter Rettungshubschrauber mit Nachtflugtauglichkeit an einem
527 geeigneten Standort beitragen. Die Krankenhäuser und die Kassenärztliche
528 Vereinigung unterstützen wir beim Aufbau Integrierter Notfallzentren (INZ),
529 sobald bundesgesetzliche Grundlagen dafür bestehen.

530 **Gesundheitsfachberufe weiter schulgeldfrei**

531 Die Gesundheitsfachberufe sind wichtig für viele begleitende Therapien. Die
532 Ausbildung ist seit 2022 schulgeldfrei. Wir setzen uns dafür ein, dass das so
533 bleibt und das Land weiter die Ausbildungskosten übernimmt, um den Bedarf an
534 Fachkräften in diesen Berufen zu erfüllen.

535 **Drogenpolitik**

536 Wir stellen in der Drogenpolitik den Schutz von Gesundheit und Menschenwürde in
537 den Mittelpunkt. Als GRÜNE setzen wir uns für Prävention, Aufklärung und
538 wirksame Hilfsangebote statt Strafverfolgung ein.

539 **Cannabis-Schwarzmarkt weiter austrocknen – Legalisierung zu Ende bringen**

540 Die Teillegalisierung von Cannabis ist eine große Errungenschaft der vergangenen
541 Bundesregierung mit GRÜNER Beteiligung. Die neuen Regeln unterscheiden klar
542 zwischen Menschen ab 18 Jahren, für die der Konsum und Besitz in Grenzen
543 legalisiert wurde, und Kindern und Jugendlichen, die durch klare Verbote und
544 Abstandsregelungen geschützt werden. Damit konnte der Jugendschutz deutlich
545 verbessert werden. In Rheinland-Pfalz haben wir das Cannabis-Gesetz mit einem
546 moderaten Bußgeldkatalog und unbürokratischen Genehmigungen von
547 Anbauvereinigungen umgesetzt. Die Teillegalisierung darf jedoch nicht auf halbem
548 Wege stehen bleiben. Nur durch die kontrollierte Abgabe von Cannabis in
549 staatlich regulierten Abgabestellen kann der Schwarzmarkt austrocknet werden.

550 Deshalb setzen wir uns für die schnellstmögliche Umsetzung der zweiten Säule der
551 Legalisierung durch entsprechende Modellprojekte auch in Rheinland-Pfalz ein.

552 **Niedrigschwellige Drogen- und Suchthilfe**

553 Das Hilfs- und Beratungssystem für abhängige Menschen muss auf die Bedürfnisse
554 der Menschen ausgerichtet sein, um gesundheitliche Risiken zu verringern. Daher
555 wollen wir die niedrigschwelligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe weiter
556 ausbauen: Wir setzen uns für Spritzentauschprogramme, Drogenkonsumräume und
557 Informationsmöglichkeiten ein. Insbesondere wollen wir dem Beispiel anderer
558 Bundesländer folgen und endlich auch in Rheinland-Pfalz Substanzenanalysen (Drug-
559 Checking) ermöglichen, um Menschen vor gestreckten und gefährlichen
560 beigemischten Drogen zu schützen. Gerade bei großen Festivals wie Rock am Ring
561 oder der NatureOne braucht es eine Drug-Checking-Offensive des Landes.
562 Aufklärung und Prävention über die Risiken aller Drogen und Abhängigkeiten
563 wollen wir stärken, insbesondere an den Schulen und in der Jugendarbeit. Einem
564 übermäßigen Alkoholkonsum unter Jugendlichen und Erwachsenen wollen wir durch
565 Programme begegnen, die einen bewussten Konsum zum Ziel haben.

566 **Pflege, Leben im Alter**

567 **Professionelle Pflege stärken**

568 Pflegekräfte haben eine umfassende professionelle Ausbildung und können mehr,
569 als sie oft im Pflegealltag anwenden dürfen. Wir GRÜNE wollen diese Potenziale
570 nutzen. Auch nicht-ärztliches Personal (z. B. die Advanced Practice Nurses)
571 sollen ärztliche Tätigkeiten übernehmen können und ergänzende Angebote zur
572 Weiterbildung erhalten.

573 Zur Verbesserung der Ausbildung setzen wir uns für neue Ausbildungsmodelle wie
574 Teilzeitausbildung und duale Ausbildung sowie eine modulare, gut geförderte
575 Weiterbildung ein. Bei der Pflegeassistenz muss endlich die bundeseinheitliche,
576 modulare Ausbildung kommen. Wir bekennen uns zur Pflegekammer als Vertretung der
577 professionellen Pflege. Um die notwendige Unterstützung unter den Pflegekräften
578 zu bekommen, muss sie aber ihre Kommunikation und internen Abläufe verbessern.
579 Weiterbildungsangebote für Pflegekräfte müssen zwischen Pflegekammer, Land und
580 Arbeitgeber abgestimmt werden.

581 Wir GRÜNE setzen uns für eine vereinfachte Anerkennung ausländischer
582 Qualifikationen und eine bessere Sprachqualifizierung ausländischer Fachkräfte
583 ein. Bei der Akquise von Pflegekräften aus dem Ausland wollen wir die
584 Arbeitgeber:innen unterstützen, zum Beispiel durch die Förderung von

585 Integrationslots:innen für Auszubildende.

586 Die Initiative für Pflegekräfte wollen wir auf den Bereich der Menschen mit
587 Behinderungen ausdehnen (Assistenz und Dienste).

588 **Pflegende Angehörige unterstützen**

589 Ein Großteil der Pflegebedürftigen wird im häuslichen Umfeld von Angehörigen
590 gepflegt. Wir GRÜNE wollen diese unterstützen und die ambulante Pflege sowie die
591 Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege ausbauen. Auch Angebote wie
592 Quartiersstützpunkte oder Nachbarschaftszentren wollen wir fördern. Wir setzen
593 uns auf Bundesebene für eine Pflegezeit zur Freistellung von der Arbeit für
594 pflegende Angehörige ein.

595 **Vielfältige Pflege**

596 Die Vielfalt der Gesellschaft spiegelt sich auch in der älter werdenden
597 Bevölkerung und unter den Pflegebedürftigen wider. Deshalb brauchen wir mehr
598 Geschlechter-, LSBTIQ*- und kultursensible Angebote und Einrichtungen in der
599 Pflege. Auch die Angebote ambulanter Pflege müssen sich an den verschiedenen
600 Bedürfnissen orientieren und eine größere Vielfalt wie Pflegewohngemeinschaften
601 oder generationenübergreifende Wohnprojekte mit Pflegeleistungen im Bedarfsfall
602 bieten.

603 Wir GRÜNE wollen eine verbindliche kommunale Pflegestrukturplanung und kommunale
604 Pflegekonferenzen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Deckelung des
605 Eigenanteils der Pflegekosten ein.

606 **Vielfältiges Leben im Alter**

607 Seit einigen Jahren erreicht die Boomer-Generation das Seniorenalter und die
608 Zahl der über 65-Jährigen wächst stetig. Diese Menschen unterscheiden sich
609 jedoch stark: in ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit, ihrer Gesundheit und
610 ihren Interessen. Deshalb müssen die Angebote für diese Gruppe auf die
611 unterschiedlichen Bedürfnisse angepasst sein. Wir setzen uns für ein
612 entsprechendes Seniorenfördergesetz ein.

613 **Integration**

614 **Migration und Integration: menschlich, klar, gerecht**

615 Wir GRÜNE wollen, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz die Chance auf ein gutes
616 Leben haben – egal, woher sie kommen. Wir öffnen Wege für Menschen, die bei uns
617 leben und arbeiten möchten. Und wir begegnen Menschen, die bei uns Schutz
618 suchen, mit Menschlichkeit und Weitblick. Wir wollen Integration, die im Alltag
619 funktioniert.

620 **Ankommen in Rheinland-Pfalz – gut organisiert und menschlich**

621 In dieser Legislaturperiode haben wir ein verlässliches System geschaffen, das
622 den Kommunen Sicherheit gibt und auch bei schwankenden Ankunftsahlen trägt.
623 Damit haben wir gezeigt: gute Strukturen in der Aufnahme funktionieren. Darauf
624 wollen wir aufbauen. Unser Ziel ist es, Integration von Anfang an noch besser zu
625 gestalten, mit starker sozialer Begleitung vor Ort. Besonders wichtig ist uns,
626 dass alle Kinder und Jugendlichen so früh wie möglich Zugang zu Schule und
627 Bildung erhalten. Denn Bildung schafft Struktur, eröffnet Perspektiven und gibt
628 ein Stück Alltag zurück.

629 **Integration aus einem Guss**

630 Integration gelingt vor allem im Arbeitsmarkt, Einwanderung nur mit
631 Integrationsmaßnahmen wie Sprach- und Welcome-Kursen und Asylrecht kann nur
632 effizient durchgesetzt werden, wenn es rechtssicher und zentral organisiert ist.
633 Wir schaffen daher ein Landesamt für Integration, Einwanderung und
634 Rückführungen. Damit übernehmen wir als Land Verantwortung, bündeln Kompetenzen
635 an einer Stelle und entlasten die kommunalen Behörden langfristig in allen
636 Bereichen der Integrationspolitik.

637 **Integration beginnt im Alltag**

638 Integration gelingt, wenn sie vor Ort passiert. Deshalb haben wir in allen
639 Kommunen Integrationsmanager:innen eingeführt. Dieses Programm führen wir in
640 enger Abstimmung mit den Akteur:innen vor Ort fort. Wir wollen, dass in Zukunft
641 bei der Integration überall gute Standards gelten. . Dafür nehmen wir die
642 Kooperationsstrategie Integration als Grundlage, um die Bedürfnisse der
643 Menschen, die Integrationsarbeit vor Ort vorantreiben, zu erkennen und
644 passgenaue Förderungen und Regelungen zu initiieren. Wir fördern
645 niedrigschwellige Beratung im Alltag und setzen uns bei der Bundesregierung
646 dafür ein, dass Familiennachzug wieder möglich wird. Denn nur wer keine Angst um
647 Angehörige haben muss, kann wirklich ankommen.

648 **Sprache und Arbeit – Schlüssel zur Teilhabe**

649 Sprache ist der Schlüssel zu Arbeit und sozialer Teilhabe. Deshalb haben wir mit
650 dem „Haus der Sprachmittlung“ einen starken Standard gesetzt. Wir erwarten vom
651 Bund, dass er die Sprachkurse bedarfsgerecht ausbaut, sodass alle einen
652 schnellen Zugang bekommen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen sollen Kompetenzen
653 frühzeitig erkannt und passende Qualifizierungen begonnen werden. Lehrkräfte
654 sollen besser bezahlt werden. So stärken wir die Qualität von Anfang an. Auch
655 berufsbegleitende Sprachkurse, mehr Kinderbetreuung und gezielte Angebote für
656 geflüchtete Frauen erleichtern den Weg in Arbeit und fördern die soziale
657 Teilhabe. Wir setzen uns dafür ein, dass ausländische Berufsabschlüsse schneller
658 anerkannt werden. Viele Geflüchtete mussten ihre Schule oder Ausbildung
659 unterbrechen. Sie sollen die Chance bekommen, auch nach dem Ablauf der
660 Schulpflicht verpasste Bildung nachzuholen.

661 Wir GRÜNE wollen, dass das Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf Bundesebene
662 erhalten bleibt – mit Spurwechsel und klaren Bleiberechten für Menschen, die
663 hier arbeiten oder eine Ausbildung machen möchten. Wer integriert ist und seinen
664 Lebensunterhalt selbst bestreitet, soll nicht abgeschoben werden.

665 **Schutz für besonders Betroffene**

666 Viele Geflüchtete sind in besonderem Maße schutzbedürftig. Gefährliche
667 Fluchtrouten und gewaltsame Konflikte im Herkunftsland tragen dazu bei. Deshalb
668 haben wir die psychosoziale Versorgung in der vergangenen Legislaturperiode
669 massiv gestärkt. Diese Unterstützung bauen wir weiter aus. So erkennen wir, wer
670 besondere Hilfe braucht und können frühzeitig Unterstützung anbieten.
671 Geflüchtete Frauen wollen wir besser schützen, etwa durch neue Regelungen im
672 Gewalthilfegesetz auf Bundesebene. Geschlechtsbezogene Gewalt wollen wir stärker
673 in den Asylverfahren berücksichtigen. Dafür setzen wir uns für eine Regelung auf
674 Bundesebene ein, damit geflüchtete Frauen und Kinder in Not in Rheinland-Pfalz
675 eine sichere Zukunft haben. Wir stehen zum Instrument der Härtefallkommission
676 und setzen uns weiter für die Akzeptanz des Kirchenasyls ein.

677 **Demokratie durch Teilhabe stärken**

678 Wer hier lebt, soll mitentscheiden dürfen. Deshalb kämpfen wir weiter für ein
679 kommunales Wahlrecht für alle – unabhängig vom Pass. Und wir wollen, dass auch
680 EU-Bürger:innen, die in Rheinland-Pfalz leben, bei Landtagswahlen wählen können.

681 **Unterstützung für die Zivilgesellschaft**

682 Wir stehen an der Seite von Menschen, die sich für Geflüchtete engagieren. Gegen
683 rechte Hetze, für ein Rheinland-Pfalz, das Vielfalt als Stärke versteht. Dieses

684 Engagement stärken wir weiter, zum Beispiel mit Fortbildungen und Vernetzung.

685 **Frauen und Gleichstellung**

686 **Für echte Gleichstellung**

687 Wir fordern den Bund auf, das Ehegattensplitting endlich zu reformieren und
688 durch ein gerechtes, individuelles Steuermodell zu ersetzen, da es Frauen
689 strukturell benachteiligt und nicht mehr zu den Lebensrealitäten vieler Familien
690 passt.

691 Wir wollen ein landesweites Programm „Entgeltgleichheit jetzt!“ zur Förderung
692 von Unternehmen, die freiwillig Gehaltsanalysen durchführen und Lohnlücken, die
693 sogenannte Gender Pay Gap, schließen. Hier können wir uns Beratungs- und Audit-
694 Angebote, anlehnend an das ‚Logib-D‘, vorstellen. Wir flankieren dies durch die
695 öffentliche Auszeichnung ‚Fair Pay RLP‘ für Unternehmen mit nachweislich
696 gerechter Entgeltstruktur, als faire Arbeitgeber. Zudem wollen wir Projekte
697 fördern, die die gleichberechtigte Verteilung von Care-Arbeit in Familien
698 stärken.

699 **Gewalthilfegesetz konsequent und gemeinsam umsetzen**

700 Der konsequente Schutz von Frauen vor Gewalt erfordert eine gemeinsame
701 Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen, aber auch der
702 Frauenunterstützungseinrichtungen. Nach wie vor besteht das Problem, dass
703 stabilisierte Frauen das Frauenhaus nicht verlassen können, weil sie keine
704 Wohnung finden. Beim Ausbau der Frauenhäuser haben wir große Fortschritte
705 gemacht und insbesondere mit der Einrichtung von Second-Stage-Wohnungen dafür
706 gesorgt, dass Frauen, die das Frauenhaus verlassen wollen, eine
707 Übergangsmöglichkeit auf dem Weg zurück in die Eigenständigkeit zur Verfügung
708 steht. Den Ausbau sowohl der Frauenhäuser als auch der Second-Stage-Wohnungen
709 werden wir fortführen. Das Gewalthilfegesetz der Ampelregierung sichert
710 betroffenen Frauen ab dem 1. Januar 2032 bundesweit einen individuellen
711 Rechtsanspruch auf kostenfreien Schutz und Beratung zu. Wir GRÜNE setzen uns
712 uneingeschränkt für eine konsequente Implementierung des Gewalthilfegesetzes
713 ein. Dabei berücksichtigen wir die Bedarfe besonders vulnerabler Gruppen wie
714 wohnungsloser Frauen, Frauen mit Behinderung, geflüchteter Frauen, trans* Frauen
715 und Frauen in der Prostitution. Darüber hinaus muss der Gewaltschutz im
716 Familienrecht verankert werden. Gewaltschutzmassnahmen sind zwar bereits über
717 das Gewaltschutzgesetz im Familienrecht anwendbar, doch es ist wichtig,
718 entsprechende Maßnahmen im familiengerichtlichen Verfahren umfassender zu
719 verankern. So können wir besonders Frauen und Kinder wirksamer vor häuslicher

720 und partnerschaftlicher Gewalt schützen.

721 **Gewalt vorbeugen durch Jungenbildung**

722 Frauenpolitik ist Gesellschaftspolitik. Eine umfassende Gleichstellungspolitik
723 stärkt sozialen Zusammenhalt. Davon profitieren Frauen und Männer gleichermaßen.
724 Sie betrifft alle sozialen Schichten und Altersgruppen. Junge Menschen erleben
725 zugleich eine zunehmende Verrohung in sozialen Netzwerken, ein Erstarren
726 antifeministischer Tendenzen und eine Erosion demokratischer Grundwerte, für die
727 insbesondere Jungs und junge Männer anfällig sind. Hier wollen wir früh
728 ansetzen, auch um der gesellschaftlichen Spaltung zwischen jungen Männern und
729 jungen Frauen entgegenzuwirken. Die Stärkung von Demokratiekompetenz und
730 Konfliktlösungsfähigkeit ist der effektivste Schutz vor späterer Gewalt. Deshalb
731 wollen wir Jungenbildung stärken und Gewalt vorbeugen. Sexuaufklärung soll
732 junge Menschen stärken – mit einem Fokus auf Selbstbestimmung statt Klischees.

733 **Frauengesundheit fördern**

734 Wir machen uns für bessere Zugänge zu Schwangerschaftsabbrüchen stark und setzen
735 uns auf Bundesebene weiter für die Abschaffung des Paragraphen 218
736 Strafgesetzbuch ein. Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12. Woche sollen
737 rechtmäßig und nicht nur straffrei sein. Ebenso wollen wir freien Zugang zu
738 Periodenartikeln ermöglichen sowie flächendeckend kostenfreie Verhütungsmittel.

739 **Antidiskriminierung**

740 **Gleiche Rechte und Schutz vor Diskriminierung**

741 Wir wollen, dass alle Rheinland-Pfälzer:innen – unabhängig von Hautfarbe,
742 Herkunft, Sprache, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung
743 oder Alter – sich in allen Lebensbereichen frei entfalten können. Das gilt für
744 ihren Job, bei der Wohnungssuche, in der Schule oder im öffentlichen Raum.
745 Deshalb greifen wir mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz dort ein, wo
746 Menschen bislang nicht ausreichend geschützt wurden und geben ihnen konkrete
747 Möglichkeiten, sich konsequent zu wehren. Wir wollen den Landesaktionsplan gegen
748 Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fortführen, evaluieren und
749 weiterentwickeln. Er ist ein wichtiges Werkzeug zur Vernetzung, zur Stärkung von
750 Strukturen und Entwicklung neuer Ideen und Ansätze. Langfristig streben wir die
751 Einrichtung einer unabhängigen Landesantidiskriminierungsstelle mit Klagerecht
752 an, um strukturelle Benachteiligungen effektiv anzugehen.

753 **Beratung, Prävention und konsequentes Handeln**

754 Wir bauen die Beratungsstellen gegen Diskriminierung im Land aus – barrierefrei,
755 unabhängig und mehrsprachig. Wir fördern Vielfalt in der Verwaltung, damit sie
756 die Gesellschaft besser abbildet. Wir sichern Projekte, die die Bildung gegen
757 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Kitas, Schulen, Jugendzentren und in
758 der Polizei stärken. Menschenfeindliche Vorfälle richten sich nicht nur gegen
759 Einzelne. Sie gefährden unser gesellschaftliches Miteinander sowie unsere
760 Demokratie und verletzen die Menschenrechte . Die Melde- und
761 Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle in Rheinland-Pfalz wollen
762 wir deshalb in ihrer wichtigen Arbeit weiter unterstützen. Jeder gemeldete
763 Vorfall trägt dazu bei, das Dunkelfeld weiter aufzuhellen. Damit Betroffene
764 schnell die richtige Hilfe bekommen, wollen wir den digitalen Beratungskompass
765 kontinuierlich weiterentwickeln.

766 **Für Respekt, Glaubensfreiheit und ein friedliches Miteinander**

767 Für uns GRÜNE ist klar, der Islam gehört zu Rheinland-Pfalz und muss in Schulen,
768 auf Friedhöfen sowie bei den Feiertagsregelungen stärker berücksichtigt werden.
769 Aus diesem Grund haben wir erstmals rechtsstaatlich verankerte Rahmenbedingungen
770 geschaffen. Wir haben auch unsere Unterstützung für die jüdischen Gemeinden in
771 Rheinland-Pfalz spürbar verstärkt. Damit zeigen wir: Jüdisches Leben gehört
772 selbstverständlich zu unserer Gesellschaft. Antisemitismus und antimuslimischer
773 Rassismus haben bei uns keinen Platz. Die Beauftragten der Landesregierung für
774 jüdisches Leben und Antisemitismusfragen genauso wie für Antiziganismusfragen
775 wollen wir weiterführen und stärken. Religiöse Vielfalt ist kein Problem,
776 sondern Teil der Lösung für ein friedliches Zusammenleben.

777 **Queerpolitik**

778 **Schutz und Prävention ausbauen**

779 Gewalt gegen queere Menschen nimmt auch in Rheinland-Pfalz in erschreckendem
780 Ausmaß zu. Wir verteidigen unsere queerpolitischen Errungenschaften gegen den
781 wachsenden Druck von rechts. Den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm
782 Regenbogen“ werden wir fortschreiben. Darüber hinaus fordern wir Queere Zentren
783 in allen Oberzentren. Auf Landesebene wollen wir den Beauftragten für
784 gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität als eine
785 eigenständige Stelle noch selbstständiger machen.

786 Unser bildungspolitisches Projekt “SCHLAU” für Aufklärungsveranstaltungen im
787 ganzen Land wollen wir stärken und den Sexualkundeunterricht an Schulen
788 modernisieren, damit Vielfalt von Anfang an ihren Platz hat. Unsere
789 Fortbildungsangebote zum Thema Familienvielfalt wollen wir verstetigen, die

790 Beratungsangebote für queere Menschen und ihre Angehörigen unterstützen und
791 ausbauen. So wollen wir auch die Beratung für queere Menschen bei der Polizei
792 weiter ausbauen und weitere Ansprechstellen bei der Justiz einrichten.

793 **Queere Netzwerke stärken**

794 Die vielen, oft ehrenamtlichen Organisationen sowie die kommunalen
795 Queerbeauftragten wissen wir auch in Zukunft als starke Partner:innen an unserer
796 Seite zu schätzen und bieten weiter einen engen Austausch und Unterstützung
797 durch das Land. Denn gerade jetzt gilt: Zusammenhalt statt Wegducken.

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Landesvorstand Rheinland-Pfalz (dort beschlossen am: 16.09.2025)

Titel: **ENTWURF LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 -
Kapitel 4 - Rheinland-Pfalz für alle lebenswert
gestalten**

Antragstext

Rheinland-Pfalz für alle lebenswert gestalten

Ein lebenswertes Rheinland-Pfalz ist ein Ort, an dem sich Menschen zuhause fühlen – in Städten wie Mainz oder Trier genauso wie in kleinen Dörfern an der Lahn oder im Hunsrück. Lebenswert gestalten heißt für uns, die Lebensqualität in allen Regionen zu sichern: mit finanziell starken Kommunen, bezahlbarem Wohnraum und einer Stadt- und Dorfentwicklung, die das Zusammenleben stärkt. Kultur, Sport und Ehrenamt geben unserem Land Herz und Charakter. Sie brauchen Wertschätzung und Unterstützung. Demokratie lebt davon, dass alle mitmachen können und sich ernst genommen fühlen, deshalb stärken wir Bürgerbeteiligung und setzen uns klar gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit und Extremismus ein. Sicherheit, Justiz und Katastrophenschutz müssen zuverlässig arbeiten, damit die Menschen sich auf ihr Land verlassen können – ob bei Feuerwehreinsätzen, in Gerichtsverfahren, beim Kampf gegen Rechts oder bei der Hochwasserabwehr. Rheinland-Pfalz ist Teil einer Weltgemeinschaft: Wir wollen ein aktiver und verlässlicher Partner in Europa sein, der für Frieden, Klimaschutz und Menschenrechte eintritt. Lebenswert bedeutet für uns: ein Land, das Sicherheit und Geborgenheit gibt, Vielfalt als Stärke begreift und Zukunft für alle möglich macht.

19 **Haushalt**

20 **Für ein RLP das funktioniert – jetzt investieren**

21 Wir GRÜNE haben in den letzten Jahren dank guter Einnahmen den Landeshaushalt
22 grundlegend saniert. Wir haben Schulden abgebaut, Rücklagen aufgebaut und den
23 Haushalt von unnötigen Beteiligungen befreit, ohne dabei Zukunftsinvestitionen
24 zu vernachlässigen. Für ein Land, das funktioniert, müssen wir aber deutlich
25 mehr investieren. Es war richtig, dass wir auf Bundesebene dem Sondervermögen
26 und der Möglichkeit der Neuverschuldung für die Länder zugestimmt haben. Der
27 Rheinland-Pfalz-Plan (RLP-Plan) für Bildung, Klima und Infrastruktur legt fest,
28 wofür die Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes ausgegeben werden. Damit
29 sollen Land und Kommunen in eine zukunftsfähige Infrastruktur investieren und
30 somit das Leben und den Alltag der Menschen in unserem Land schnell, sichtbar
31 und spürbar besser machen.

32 **RLP-Zukunftsfonds: Investitionen in eine klimaneutrale und innovative Zukunft**

33 Durch die Möglichkeit der Länder, sich neu zu verschulden, sind zusätzlich
34 finanzielle Spielräume entstanden. Diese Chance wollen wir nutzen, um gezielt in
35 die Zukunft unseres Landes zu investieren und unsere Wirtschaft zukunftssicher
36 aufzustellen. Unsere Idee: ein RLP-Zukunftsfonds. Der Fonds soll insbesondere
37 Unternehmen verlässlich bei dem klimaneutralen Umbau von Wertschöpfungsketten
38 unterstützen – etwa durch zinsvergünstigte Kredite, Bürgschaften oder
39 Tilgungszuschüsse. Wir investieren damit in klimaneutrale Technologien,
40 innovative Produktionsweisen, Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft und Netze.
41 Darüber hinaus wollen wir flexibel schauen, welche relevanten Investitionen für
42 eine klimaneutrale Zukunft, wie zum Beispiel der Netzausbau durch kommunale
43 Stadtwerke, über kreditfinanzierte Instrumente im Bundes- und Landeshaushalt
44 möglich sein können. So schließen wir Lücken, die das Bundes-Sondervermögen und
45 der RLP-Plan lassen, und geben der Transformation in Rheinland-Pfalz den langen
46 Atem, den sie braucht. Langfristig halten wir an einer grundlegenden Reform der
47 Schuldenbremse fest. Kreditaufnahme soll in dem Maße möglich sein, wie der Staat
48 investiert.

49 **Steuern**

50 **Gerechte Besteuerung für eine starke Gesellschaft**

51 Gerade in finanziell angespannten Zeiten sind alle staatlichen Ebenen auf
52 verlässliche Steuereinnahmen angewiesen. Deshalb werden wir GRÜNE uns auf
53 Landes- und Bundesebene für ein gerechteres Steuersystem einsetzen. Heute zahlen

54 viele Menschen auf Arbeitseinkommen mehr Steuern als auf hohe Kapitalgewinne.
55 Das ist ungerecht und das wollen wir ändern. Gerade große Vermögen sollten
56 konsequenter zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben herangezogen werden.

57 **Konsequent gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche**

58 Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und Geldwäsche sind keine Bagatelldelikte.
59 Sie schaden dem Gemeinwesen und untergraben die Solidarität, auf der unser
60 Sozialstaat beruht. Deshalb unterstützen wir Initiativen des Bundes, der EU oder
61 auf internationaler Ebene, die zu mehr Steuergerechtigkeit beitragen,
62 Steuerschlupflöcher schließen und Steueroasen austrocknen.

63 **Starke Steuerverwaltung für Rheinland-Pfalz**

64 Steuergerechtigkeit muss im Vollzug sichergestellt werden. Die rheinland-
65 pfälzische Steuerverwaltung sichert die Einnahmen des Landes und arbeitet
66 erfolgreich gegen Steuerhinterziehung. Wir wollen die Stellen im Außendienst
67 ausbauen, da sie mit ihrer Arbeit für Steuergerechtigkeit in Rheinland-Pfalz
68 sorgen. Auch im Bereich der Steuerverwaltung ist es besonders wichtig,
69 qualifizierte Fachkräfte auszubilden oder zu gewinnen und vor allem zu halten.
70 Dafür wollen wir die Hochschule der Finanzen attraktiv weiterentwickeln, um so
71 mehr junge Menschen für unsere Finanzverwaltung zu gewinnen.

72 **Neuverteilung der Umsatzsteuer für zentrale Gemeinschaftsaufgaben**

73 Wir wollen das Steuersystem um eine erweiterte Finanzierung über eine
74 „Gemeinschaftsaufgabe“ weiterentwickeln, um Einkünfte zugunsten von Klimaschutz
75 und Klimaanpassung in Kommunen stabiler zu verteilen. Wir setzen uns für eine
76 Reform ein, die die Umsatzsteueranteile so umverteilt, dass die Kommunen in
77 Rheinland-Pfalz langfristig gestärkt werden und verlässlich in Klimaschutz,
78 soziale Infrastruktur und lebenswerte Ortskerne investieren können.

79 **Kommalfinanzen und -reform**

80 **Kommunen stärken und für die Zukunft aufstellen**

81 Die kommunale Haushaltskrise ist allgegenwärtig und betrifft Städte, Kreise und
82 Dörfer bundesweit, nicht nur in Rheinland-Pfalz. Eine Lösung erfordert eine
83 gemeinsame Kraftanstrengung aller staatlichen Ebenen: Bund, Land und Kommunen.
84 Besonders die hohen Sozialausgaben belasten die kommunalen Haushalte. Dafür sind
85 weder die Kommunen noch Mainz verantwortlich, sondern Berlin. Wir GRÜNE fordern

86 deshalb strukturelle Lösungen auf Bundesebene: Das Konnexitätsprinzip muss auch
87 für den Bund gelten. Wer Aufgaben vorgibt, muss für die Kosten aufkommen.
88 Besonders dann, wenn sie dynamisch steigen. Ebenso muss der Bund bei der
89 Übernahme der Altschulden endlich aktiver werden , nachdem das Land die Hälfte
90 der kommunalen Kassenkredite bereits übernommen hat.

91 **Kommunen finanziell stärken und bedarfsgerecht ausstatten**

92 Das Land hat mit dem neuen Kommunalen Finanzausgleich (KFA) 2023, dem
93 Nachtragshaushalt 2025, dem Entschuldungsprogramm PEK-RP, KIPKI und dem
94 regionalen Zukunftsprogramm RZN unsere Kommunen finanziell gestärkt. 2026 steht
95 die Evaluation des KFA an. Wir GRÜNE werden dabei genau hinschauen, ob der KFA
96 die tatsächlichen Bedarfe der Kommunen abdeckt. Ist dies nicht der Fall,
97 entwickeln wir ihn weiter, damit die Kommunen die finanziellen Spielräume für
98 ihre vielen Aufgaben erhalten. Mit unserer Zustimmung zum Sondervermögen haben
99 wir auf Bundesebene Millioneninvestitionen in die kommunale Infrastruktur
100 ermöglicht. In Rheinland-Pfalz tragen wir dafür Sorge, dass dieses Geld
101 zukunftsfest für Klimaschutz und soziale Infrastruktur vor Ort ausgegeben wird.

102 **Kommunalstrukturen modernisieren**

103 Damit die Finanzströme aus Bund und Land in unseren Kommunen gezielt eingesetzt
104 werden und nicht in Bürokratie verpuffen, braucht es bessere kommunale
105 Strukturen. Rheinland-Pfalz hat die kleinteiligste Kommunalstruktur in
106 Deutschland. Das erschwert digitales und bürgernahe Arbeiten sowie die
107 Fachkräftegewinnung und mindert insgesamt die Effizienz der Verwaltung. Wir
108 GRÜNE wollen die Kommunalreform neu starten. Unser Ziel: eine leistungsfähige,
109 bürgernahe Verwaltung mit guter und einheitlicher, digitaler Ausstattung und
110 genug qualifiziertem Personal. Interkommunale Zusammenarbeit ist ein Schritt in
111 die richtige Richtung, reicht aber nicht aus. Wir brauchen größere
112 Verwaltungseinheiten. Nur so gelingt der Wandel.

113 **Wohnen**

114 Unser Ziel ist klar: Jeder Mensch soll Zugang zu bezahlbarem und vor allem auch
115 passendem Wohnraum haben, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Dafür setzen
116 wir auf mehr geförderte Wohnungen, eine intelligente Nutzung des vorhandenen
117 Wohnraums, neue, innovative Wohnformen und wirksamen Mieter:innenschutz.

118 **Sozialen Wohnungsbau stärken**

119 Für bezahlbares Wohnen brauchen wir vor allem eine starke soziale

120 Wohnraumförderung. Deshalb wollen wir die Mittel für den geförderten Wohnungsbau
121 erhöhen und dabei Sanierung, Aufstockung und Ausbau gleichberechtigt mit dem
122 Neubau fördern. Sozialer Wohnungsbau soll zuverlässig und dauerhaft bezahlbar
123 erhalten bleiben. Wir setzen auf eine längere Bindungsdauer zu guten
124 Konditionen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften spielen dabei eine
125 Schlüsselrolle. Kommunen soll es ermöglicht werden, von Investoren
126 vernachlässigte oder leerstehende Wohnungen aufzukaufen und zu sanieren.
127 Sozialer Wohnraum darf nicht als Spekulationsobjekt missbraucht werden. Den
128 Erwerb von Belegungsrechten für bestehende Wohnungen ermöglichen wir auch für
129 Haushalte mit mittlerem Einkommen. Unternehmen, die günstigen Wohnraum für ihre
130 Mitarbeiter:innen bereitstellen, wollen wir mit Mitteln der sozialen
131 Wohnraumförderung unterstützen.

132 **Bestehenden Wohnraum besser nutzen**

133 Gleichzeitig müssen wir den vorhandenen Wohnraum effizienter nutzen. Viele
134 Menschen können sich vorstellen, ihre Wohnfläche zu verkleinern oder zu teilen.
135 Diesen Menschen wollen wir mit Bürgschaften des Landes unter die Arme greifen,
136 damit sie ihre Häuser um- oder ausbauen können. So wird schnell und einfach
137 zusätzlicher Wohnraum geschaffen. Wir fördern Kommunen, die ein eigenes
138 Wohnraummanagement aufbauen und Menschen aktiv passenden Wohnraum vermitteln.
139 Wir unterstützen den Aufbau von Leerstandskatastern und befürworten die
140 Einführung von kommunalen Leerstandssteuern: so bleibt kein Wohnraum ungenutzt
141 und Leerstand in Dorfkernen kann wirksam verringert werden.

142 **Innovative Wohnformen besser unterstützen**

143 Der demografische Wandel stellt uns auch beim Thema Wohnen vor
144 Herausforderungen. Der barrierefreie Umbau soll auch ohne Pflegegrad gefördert
145 werden, um dem wachsenden Bedarf an barrierefreien Wohnungen gerecht zu werden.
146 Gemeinschaftliche Wohnformen bringen Generationen zusammen und sorgen für
147 lebendige Nachbarschaften. Wir wollen Menschen, die sich für diese Wohnkonzepte
148 entscheiden, stärker unterstützen, etwa beim Erwerb von Genossenschaftsanteilen.
149 Wir unterstützen auch innovative Konzepte wie Wohnpartnerschaften zwischen Jung
150 und Alt und "Wohnen für Hilfe". Hier setzen wir uns auf Bundesebene für
151 rechtssichere Regelungen ein.

152 **Junges Wohnen in den Fokus nehmen**

153 Gleichzeitig wollen wir an den Hochschulstandorten durch die gezielte Förderung
154 von studentischem Wohnen Druck vom Wohnungsmarkt nehmen. Das Programm "Junges
155 Wohnen" muss deshalb endlich in die Umsetzung. Wir werden die Förderrichtlinien

156 auf Hürden überprüfen, um dafür zu sorgen, dass neue Wohnheimplätze für
157 Studierende und Auszubildende entstehen. An den landeseigenen Hochschulen wollen
158 wir als Land mit gutem Beispiel vorangehen und eigene Wohnheimplätze zur
159 Verfügung stellen.

160 **Mietschutz ausweiten**

161 Mit der Mietpreisbremse und der Kappungsgrenze haben wir Instrumente zur Hand,
162 um steigenden Mieten etwas entgegenzusetzen. Sie gelten aber derzeit nur in
163 wenigen Städten und Landkreisen. Das wollen wir ändern. Es braucht eine
164 differenziertere Betrachtung der jeweiligen Gegebenheiten vor Ort, zum Beispiel
165 auf Ebene der Verbandsgemeinden. So können wir die steigenden Mieten
166 zielgerichteter bekämpfen. Schlupflöcher beim Schutz vor hohen Mieten wollen wir
167 konsequent schließen.

168 **Wohnungslosigkeit nachhaltig bekämpfen**

169 Menschen, die kein Dach über dem Kopf haben, verdienen unsere besondere
170 Aufmerksamkeit und Fürsorge. Mit "Housing First" haben wir in der vergangenen
171 Legislatur einen erfolgversprechenden Ansatz in Rheinland-Pfalz etabliert, den
172 wir weiter fortführen und ausbauen wollen. Außerdem wollen wir Anlaufcafés
173 fördern, in denen Wohnungslose Unterstützung, Beratung und einen sicheren
174 Rückzugsort finden.

175 **Stadt- und Dorfentwicklung**

176 **Innenstädte aufwerten**

177 Wir GRÜNE wollen lebendige und lebenswerte Innenstädte mit vielfältigen
178 Wohnformen, einem breiten kulturellen und sozialen Angebot, Maßnahmen der
179 Klimaanpassung, klimafreundlichen Mobilitätsformen und kleinen, inhabergeführten
180 Geschäften und Gastronomieangeboten. Dafür wollen wir die Innenstadtförderung
181 für unsere Kommunen ausweiten, nachhaltige Logistikmodelle unterstützen und
182 Leerstand wieder in Nutzung bringen.

183 **Lebendige Dörfer**

184 Wir GRÜNE machen das Wohnen im Dorf zukunftsfest. Statt neue Flächen zu
185 verbrauchen, setzen wir auf Sanierung und Umbau im Dorfkern, fördern
186 gemeinschaftliches und Mehrgenerationenwohnen. Mit Dorfbüros, Co-Working und
187 guter digitaler Infrastruktur bringen wir Arbeit und Alltag zusammen. Wir

188 schaffen Orte, an denen man sich trifft: vom Spielplatz über Bänke bis hin zum
189 Dorfladen und -gasthaus. Für uns gehören zur Daseinsvorsorge auch eine
190 verlässliche Kinderbetreuung, gute ärztliche Versorgung, verlässliche
191 Busverbindungen, offene Jugendräume und ausreichende Freizeitangebote.

192 **Klimaanpassung in Innenstädten und Dörfern**

193 Wir starten eine landesweite Entsiegelungsoffensive mit Anreizen für Kommunen,
194 Wettbewerben und Kampagnen für weniger Beton und mehr Grün in unseren Dörfern
195 und Städten. Wir setzen uns im Bund für eine dauerhafte Förderung von
196 Klimaanpassungsmanager:innen ein. Im Land machen wir klimaangepasste
197 Bauleitplanung verbindlich für mehr Begrünung, Wasserrückhalt und Schatten sowie
198 geringere Versiegelung. Mit Hilfe von Fernerkundung und künstlicher Intelligenz
199 wollen wir zudem die innerörtliche Versiegelung besser erfassen und steuern. Wer
200 privat entsiegelt und für bessere Versickerung sorgt, soll über kommunale
201 Niederschlagswassersatzungen dafür belohnt werden. Dafür wollen wir passende
202 Möglichkeiten schaffen.

203 **Demokratiepolitik**

204 **Demokratie braucht Rückgrat**

205 Wir stärken unsere Demokratie dort, wo sie gelebt wird. Dafür setzen wir uns auf
206 Bundesebene weiterhin für ein **Demokratiefördergesetz** ein – mit klaren Regeln,
207 dauerhafter Finanzierung und Schutz vor politischer Einflussnahme. Initiativen
208 vor Ort wollen wir unbürokratisch unterstützen, zum Beispiel durch
209 Mikroförderungen oder mobile Demokratieteams.

210 **Politische Bildung ausbauen**

211 Demokratie kann man lernen: Politische Bildung wollen wir GRÜNE deshalb bereits
212 ab der Kita stärken und über alle Altersgruppen hinweg ausbauen. Mit
213 Planspielen, digitalen Angeboten und gezielter Fortbildung für pädagogische
214 Fachkräfte schaffen wir praxisnahe Lernräume für Toleranz und Mitbestimmung.
215 Politische Bildung endet aber nicht mit dem Schulabschluss, sondern muss auch in
216 der Aus-, Weiter- und Erwachsenenbildung angemessen und breit vermittelt werden.

217 Die Landeszentrale für Politische Bildung spielt dabei eine zentrale Rolle. Wir
218 wollen die Landeszentrale weiter stärken und Kooperationen mit Schulen,
219 Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen ausbauen.

220 **Hass entgegentreten, Engagement schützen**

221 Ob im Netz oder auf der Straße: Wer sich für Demokratie stark macht, verdient
222 unseren besonderen Schutz. Wir GRÜNE stehen fest an der Seite aller Engagierten
223 und schaffen eine zentrale Ansprechstelle der Landesregierung. Wir stellen
224 Leitfäden für Sicherheitskonzepte zur Verfügung und setzen uns dafür ein, dass
225 Auskunftsperren leichter möglich werden.

226 Die Beratungsangebote des Landes wollen wir stärken, insbesondere für Betroffene
227 von rechter Gewalt. Auch die Angebote der Präventions-, Ausstiegs- und
228 Distanzierungsberatungen entwickeln wir kontinuierlich weiter. Erfolgreiche
229 Projekte gegen Hass im Netz wie die Kampagne #ScrollNichtWeg wollen wir
230 fortführen und für neue Zielgruppen erweitern. Im Demokratiezentrum laufen alle
231 diese Stränge zusammen. Diese wichtige Arbeit werden wir weiterhin unterstützen.

232 **Klare Kante gegen Verfassungsfeinde**

233 Antifaschismus ist Teil unserer politischen DNA. Die AfD radikalisiert sich
234 immer weiter und ist auch in Rheinland-Pfalz zentraler Bestandteil eines
235 rechtsextremen Netzwerks. Ein Verbotverfahren muss deshalb endlich auf den Weg
236 gebracht werden. Wir setzen uns außerdem für weitere gesetzliche Maßnahmen ein,
237 um Verfassungsfeinde aus dem Staatsdienst zu entfernen.

238 **Erinnern heißt handeln**

239 Gedenkarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Bildung. Die
240 Erinnerung an die grauenhaften Verbrechen des Nationalsozialismus mahnt uns und
241 ist Auftrag zugleich. Die Förderung für Fahrten zu Gedenkstätten werden wir
242 daher fortführen. Wir unterstützen Bildungsangebote an Gedenkorten wie Osthofen
243 und Hinzert ebenso wie Projekte zur Aufarbeitung am ehemaligen Westwall. Die
244 Stiftung "Grüner Wall im Westen" wollen wir zu einem Ort politischer Bildung
245 weiterentwickeln – mit mehr Mitteln und mehr Möglichkeiten.

246 Den Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai wollen wir als
247 Gedenktage etablieren. Gleichzeitig wollen wir auch das reiche demokratische Erbe
248 in Rheinland-Pfalz pflegen, zum Beispiel das Hambacher Fest, das sich bald zum
249 200. Mal jährt.

250 **Ehrenamt**

251 Rheinland-Pfalz lebt vom Engagement der Menschen. Über eine Millionen Rheinland-

252 Pfälzer:innen sind ehrenamtlich aktiv: in der Hilfe für Geflüchtete, im
253 Sportverein, in der Feuerwehr, beim Katastrophenschutz. Wir GRÜNE machen ihren
254 Einsatz einfacher, sichtbarer und sicherer.

255 **Mehr Entlastung durch digitale Lösungen**

256 Digitale Tools helfen bei der Verwaltung, Mitgliederorganisation oder
257 Veranstaltungsplanung. Wir wollen Vereine bei der Bereitstellung der notwendigen
258 Software unterstützen. Damit bleibt den Ehrenamtlichen mehr Zeit für das
259 Wesentliche: ihr Engagement. Für das Ehrenamt sollen bürokratische Hürden
260 gesenkt werden. Die einfachen Verwendungsnachweise wollen wir beibehalten.

261 **Ehrenamtskarte ausweiten**

262 Die Ehrenamtskarte ist ein Zeichen der Anerkennung für den vielfältigen Einsatz
263 der zahlreichen Engagierten in Rheinland-Pfalz. Wir wollen die Karte noch
264 bekannter machen und neue Partner:innen für Vergünstigungen gewinnen.

265 **Ansprechstelle für Engagierte**

266 Wir stehen an der Seite derjenigen, die Haltung zeigen. Wer sich gegen Hass,
267 Hetze oder Diskriminierung engagiert, verdient unseren besonderen Schutz und
268 unsere Rückendeckung. Wir schaffen eine Ansprechstelle für Ehrenamtliche, die
269 aufgrund ihres Engagements angefeindet und bedroht werden.

270 **Beteiligung und Petitionen**

271 Wir stehen für eine starke, lebendige Demokratie ein. Für uns ist deshalb klar:
272 Wer dauerhaft hier lebt, soll auch mitbestimmen dürfen. Wir wollen, dass auch
273 Menschen ohne deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft, die schon lange in Rheinland-
274 Pfalz leben, bei Kommunal- und Landtagswahlen wählen dürfen.

275 **Demokratie lebt vom Mitmachen**

276 Bürgerbeteiligung ist mehr als Symbolik: Wir wollen für komplexe Reformprozesse
277 beratende Begleitkreise mit ausgelosten Bürger:innen schaffen. Solche Formate
278 machen politische Entscheidungen nachvollziehbarer und stärken das Vertrauen.

279 Damit sich mehr Menschen einbringen können, wollen wir die Hürden für
280 Volksbegehren und Volksentscheide senken. Als weiteres niedrigschwelliges
281 Angebot schaffen wir ein landeseigenes Beteiligungsportal, wie es andere Länder

282 vormachen: einfach, transparent und digital.

283 **Petitionen ernst nehmen**

284 Petitionen sind ein wichtiges Sprachrohr der Zivilgesellschaft. Wir setzen uns
285 dafür ein, dass Petent:innen einen Rechtsanspruch auf ein Rederecht im
286 Petitionsausschuss bei Erreichen von 1.000 Mitzeichnungen erhalten. Relevante
287 Petitionen sollen außerdem öffentlich beraten werden.

288 **Innenpolitik**

289 **Unsere Innenpolitik: Freiheit schützen, Sicherheit stärken**

290 Unsere freie Gesellschaft steht unter Druck – durch Extremismus, Desinformation
291 und innere Spaltung. Wir GRÜNE begegnen diesen Herausforderungen mit klarer
292 Haltung: Wir verteidigen die Freiheit. Wir modernisieren die
293 Sicherheitsarchitektur. Und wir stellen uns entschieden gegen jede Form von
294 Gewalt und Hass mit einer Innenpolitik, die auf Demokratie und Menschlichkeit
295 setzt. Polizei, Kommunaler Vollzugsdienst, Feuerwehr und Rettungsdienst leisten
296 täglich unverzichtbare Arbeit. Wir würdigen diese Arbeit und schaffen moderne
297 Arbeitsbedingungen, gute Ausstattung und moderne Befugnisse.

298 **Die Polizei der Zukunft: gut ausgestattet, bürger:innen-nah und vielfältig**

299 Wir wollen langfristig mehr und gut ausgebildete Polizist:innen im Land.
300 Gleichzeitig entlasten wir den Wechselschichtdienst, entwickeln Perspektiven für
301 pensionierte Beamt:innen und stärken den Bezirksdienst als Gesicht einer
302 bürger:innen-nahen Polizei vor Ort. Die geschaffenen Integrationsbeauftragten
303 bei der Polizei wollen wir weiter dabei unterstützen, noch mehr Menschen mit
304 Migrationsgeschichte in den Polizeidienst zu holen. Und wir stärken die Stelle
305 der Queerbeauftragten um sicherzustellen, dass Diskriminierung aufgrund
306 sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität aktiv bekämpft und die
307 Präventionsarbeit weiter ausgebaut werden. Wir brauchen mehr Frauen in
308 Führungspositionen in der Polizei und setzen dafür auf bessere
309 Rahmenbedingungen: Führen in Teilzeit soll zum Standard werden. Um bei
310 psychischer Belastung im Arbeitsalltag zu unterstützen, wollen wir eine proaktive
311 und regelmäßige Supervision durch die von uns eingeführte psychotherapeutische
312 Fachkraft in der Polizei. Wir setzen auf eine offene Fehlerkultur und wollen die
313 Rechtsgrundlage der Polizeibeauftragten modernisieren. Für gute
314 Arbeitsbedingungen wollen wir zudem einen Gesamtplan für die Gebäudesanierung,
315 eine Stärkung der Liegenschaften und energetische Sanierungen.

316 **Präventionsarbeit und Digitalisierung für eine moderne Polizeiarbeit**
317 **vorantreiben**

318 Wir richten unseren Fokus auf Prävention. Deshalb unterstützen wir die kommunalen
319 Präventionsgremien, wollen die Sicherheitsforschung an der Hochschule der
320 Polizei weiter vorantreiben und einen periodischen Sicherheitsbericht samt
321 Dunkelfeldforschung einführen. Politische Bildung, Deeskalationsstrategien und
322 interkulturelle Kompetenzen gehören fest zur Aus- und Fortbildung der Polizei.
323 Die Erkenntnisse aus der INSIDER-Studie wollen wir umsetzen, um die Polizei in
324 ihrer Demokratiefestigkeit zu stärken. Wir bauen die Onlinewache zur bundesweit
325 ersten Online-Polizeiinspektion mit Rund-um-die-Uhr-Vollservice aus, wie in
326 einer analogen Wache. So bringen wir auch das mobile Arbeiten in der Polizei
327 entschlossen voran und modernisieren die Kommunikation mit den Bürger:innen. Wir
328 erhöhen die Transparenz: Wer kontrolliert wird, erhält eine Kontrollquittung.
329 Bodycams werden aktiviert, wenn Betroffene es wollen. Unnütze Befugnisse – wie
330 die Onlinedurchsuchung oder die Gewalttäter-Sport-Datei – streichen oder
331 überarbeiten wir grundlegend. Mit der elektronischen Fußfessel, die wir
332 eingeführt haben, setzen wir klare Grenzen gegenüber gewalttätigen Personen.
333 Das spanische Modell machen wir dabei zum Standard im Kampf gegen Femizide. Der
334 Einsatz künstlicher Intelligenz kann die Polizeiarbeit verbessern – davor und
335 danach muss aber der Mensch stehen.

336 **Mit mehr Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden aktuellen**
337 **Herausforderungen entschieden begegnen**

338 Wir bekämpfen organisierte Kriminalität mit klarer Strategie und intensivieren
339 dafür die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Gemeinsam mit Polizei und
340 Betreiber:innen schützen wir kritische Infrastrukturen und stärken die
341 Cybersicherheit. Für eine effektivere Bekämpfung hybrider Bedrohungen wollen wir
342 die Drohnenabwehr ermöglichen. Die Umwelt und damit auch die Gesundheit von
343 Menschen wollen wir durch eine verstärkte Bekämpfung von Umweltkriminalität noch
344 besser schützen. Der kommunale Vollzugsdienst (KVD) bleibt weiterhin stark an der
345 Seite der Polizei. Seine Ausbildung und die Zusammenarbeit wollen wir stärken.
346 Für eine klare Unterscheidung von KVD und Polizei hinsichtlich der Trägerschaft
347 des staatlichen Gewaltmonopols lehnen wir den Einsatz von Tasern beim KVD ab.
348 Der Verfassungsschutz ist als Frühwarnsystem fundamental wichtig für die
349 Bekämpfung von extremistischen Bestrebungen. Wir wollen seine Arbeitsfähigkeit
350 unter klarer demokratischer Kontrolle stärken. Dafür fördern wir die
351 Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Partnerbehörden auf Bundes- und
352 internationaler Ebene und ermöglichen zugleich den bundesweiten Austausch
353 zwischen den Mitgliedern der parlamentarischen Kontrollgremien.

354 **Justiz**

355 **Arbeitsbedingungen in der Justiz attraktiver und digitaler gestalten, Personal**
356 **aufstocken**

357 Wir setzen den Personalaufwuchs in der Justiz konsequent fort. Wir sorgen für
358 sichere, gut ausgestattete Arbeitsplätze in Gerichten und Staatsanwaltschaften.
359 Digitale Prozesse – intern wie extern – machen wir zum Standard in der Justiz.
360 Auch wollen wir unsere Staatsanwaltschaften bei der Bekämpfung von Cybercrime
361 gut ausstatten. Wir wollen aktiv Nachwuchs für alle Bereiche der Justiz gewinnen
362 und moderne Fortbildungsangebote sowie Programme zum Quereinstieg etablieren.
363 Wir stehen für einen diskriminierungsfreien Zugang zu allen Berufsfeldern im
364 Rechtswesen – Vielfalt macht unsere Justiz stärker. Die Beschäftigten, die im
365 Strafvollzug arbeiten, wollen wir stärker schützen. Wir prüfen die
366 Sicherheitsvorkehrungen bei Aus- oder Vorführungen mit dem Ziel, sie zu
367 verbessern, setzen auf eine gute Aus- und Fortbildung und wollen die Zulagen
368 prüfen.

369 **Moderner Strafvollzug gewährleisten und Resozialisierung stärken**

370 Wir setzen auf moderne Kommunikationstechnologien, um illegale Gegenstände aus
371 den Haftanstalten fernzuhalten und Arbeitsprozesse zu entlasten. Gleichzeitig
372 stärken wir die Strukturen im Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen – für
373 mehr Sicherheit und Menschlichkeit im Vollzug. Mit einem Sanierungsprogramm
374 machen wir Justizgebäude zukunftsfähig und sorgen für bessere Haftbedingungen –
375 auch im Sommer. Um Menschen nach der Haft eine echte Perspektive zu geben,
376 wollen wir den offenen Vollzug ausbauen und so ermöglichen, dass
377 Ersatzfreiheitsstrafen dort vollzogen werden. Durch Bildung, soziale Trainings,
378 Therapieangebote und Unterstützung bei der Wohnungssuche helfen wir, Rückfälle
379 zu vermeiden und die Rückkehr in die Gesellschaft (Resozialisierung) zu
380 ermöglichen. Dafür stärken wir auch das Übergangsmanagement und die
381 Bewährungshilfe. Bei Jugendkriminalität setzen wir auf pädagogische Ansätze und
382 Prävention. Die Häuser des Jugendrechts wollen wir ausbauen – als Orte, an denen
383 Justiz, Jugendhilfe und Polizei Hand in Hand arbeiten.

384 Die Unabhängigkeit der Justiz hat Verfassungsrang. Deshalb schaffen wir das
385 Weisungsrecht des Justizministeriums gegenüber den Staatsanwaltschaften ab.
386 Dort, wo eine Spezialisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften Sinn ergibt,
387 unterstützen wir sie. Gleichzeitig schützen wir den Schöffendienst vor
388 demokratiefeindlicher Einflussnahme – denn jede Funktion in der Justiz erfordert
389 ein klares Bekenntnis zum Rechtsstaat.

390 **Katastrophenschutz**

391 **Brand- und Katastrophenschutz zukunftsfähig machen**

392 Durch die Reform des Brand- und Katastrophenschutzes haben wir einen wichtigen
393 Schritt zur besseren Vorbereitung von Rheinland-Pfalz auf Krisen und
394 Katastrophen gemacht. Wir wollen sowohl das Ehrenamt als auch die kommunalen
395 Strukturen weiter stärken und die Alarm- und Einsatzpläne den aktuellen
396 Herausforderungen laufend anpassen. Dabei werden wir die Nachwuchsförderung
397 vorantreiben und für eine gute Aus- und Fortbildung sorgen. Wir
398 werden landeseinheitliche Standards für Ausstattung und Alarmierung fördern und
399 den Aufbau von Einheiten für den überörtlichen Einsatz in allen Landkreisen und
400 Städten unterstützen. Wir werden den Rettungsdienst und die Leitstellen für eine
401 verlässliche Notfallversorgung in Stadt und Land zukunftsfähig aufstellen.

402 **Resiliente Gesellschaft und Schutz kritischer Infrastruktur**

403 Unser Zielbild ist eine resiliente Gesellschaft. Wir unterstützen Maßnahmen für
404 einen modernen Bevölkerungsschutz und setzen uns auf Bundes-, Landes- und
405 kommunaler Ebene für eine stärkere Verzahnung und Zusammenarbeit von Zivil- und
406 Katastrophenschutz ein. Technologien wie mobile Notfall-Mobilfunknetze und
407 Drohnen wollen wir verstärkt fördern. Beim Schutz kritischer Infrastrukturen
408 (KRITIS) setzen wir auf ein integriertes Risiko- und Krisenmanagement mit
409 staatlichen und kommunalen Akteuren sowie Betreiber:innen von KRITIS. Dabei
410 definieren wir Mindeststandards für die Versorgung der Bevölkerung mit
411 notwendigen und lebenswichtigen Gütern und Leistungen der Daseinsvorsorge.

412 **Wissen, Vorbereitung und Vernetzung stärken**

413 Wir wollen Handlungswissen frühzeitig vermitteln und regelmäßig auffrischen,
414 damit im Ernstfall alle wissen, was zu tun ist. Wir werden die
415 Entscheidungsträger:innen in den Kommunen auf ihre Rolle in Krisensituationen
416 vorbereiten und die Risikoanalyse und Vorsorge durch hauptamtliche Kräfte und
417 Verwaltung unterstützen. Wir fördern Vernetzung und Austausch von Behörden,
418 Hilfsorganisationen und privaten Akteur:innen. Auch die Vorgaben für die
419 Ausstattung unserer Feuerwehren und Hilfsorganisationen werden wir laufend an
420 die tatsächlichen Aufgaben und Erfahrungen anpassen.

421 **Selbsthilfe, Prävention und Engagement fördern**

422 Wir werden die Selbsthilfe und Vorsorge der Bevölkerung auf allen Ebenen
423 fördern. Moderne Krisenkommunikation ist für uns GRÜNE barrierefrei,
424 mehrsprachig und erfolgt über verschiedene Kanäle. Durch praxisnahe
425 Unterrichtsbeispiele und gemeinsame Übungen im Unterricht mit Feuerwehren und

426 Hilfsorganisationen können Schüler:innen wichtige Multiplikator:innen für Brand-
427 , Katastrophen- sowie Zivilschutz in ihren Städten und Kommunen werden.

428 **Ehrenamt stärken und hauptamtlich entlasten**

429 Wir wollen Anreize für ehrenamtliches Engagement schaffen und das Ehrenamt durch
430 ein stärkeres Hauptamt entlasten. Wir wollen Jugendarbeit, Frauen, Menschen mit
431 Migrationshintergrund, Quereinsteiger:innen und Inklusion in unseren
432 Feuerwehrwehren und Hilfsorganisationen fördern. Dezentrale und digitale
433 Angebote in der Aus- und Weiterbildung wollen wir stärken und machen uns für
434 eine bessere psychosoziale Unterstützung nach Einsätzen stark.

435 **Kultur**

436 **Kultur gehört zum Leben – überall in Rheinland-Pfalz**

437 Kultur braucht Planungssicherheit. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode
438 mit dem ersten GRÜNEN Kulturministerium des Landes den Kulturetat um fast 25
439 Prozent erhöht. Damit haben wir ein klares Zeichen für eine feste
440 gesellschaftliche Verankerung von Kultur und für die Stärkung der
441 Kulturlandschaft in Rheinland-Pfalz gesetzt.

442 Wir wollen Kultur verlässlich fördern. Deshalb setzen wir uns für ein
443 Kultugesetz mit einem konkreten Kulturförderplan für jede Wahlperiode ein. Den
444 Förderrahmen wollen wir klarer und einfacher gestalten. Dafür streben wir eine
445 Reform des Zuwendungsrechts und der Kulturförderrichtlinie an. Förderanträge
446 sollen digital, verständlich und unbürokratisch gestellt werden können, damit
447 mehr Zeit für die kreative Arbeit bleibt.

448 Die Konzeptionsförderung für die Freie Szene sichern wir langfristig ab und
449 prüfen weitere mehrjährige Förderungen. Wir wollen die Kulturstiftung und den
450 Kultursommer RLP als Impulsgeber für innovative Kunst und Kultur stärker
451 profilieren. Wir prüfen die Idee von regionalen Kulturförderfonds und den Aufbau
452 von „Kulturknoten“, damit Kultur vor Ort stark bleibt.

453 **Faire Bezahlung für Kunst und Kultur**

454 Wer in Kunst und Kultur arbeitet, muss davon leben können. Deshalb wollen wir
455 Mindesthonorare bei Landesförderungen weiter ausbauen. Stipendien, Residenzen
456 und Preise helfen beim Leben und Arbeiten. Um die gestiegenen Kosten im
457 Kulturbetrieb aufzufangen, wollen wir den Kulturetat anheben. Auf Bundesebene

458 setzen wir uns für eine bessere soziale Absicherung von Künstler:innen ein.

459 **Ehrenamt braucht Hauptamt**

460 Vielerorts halten Ehrenamtliche mit viel Herzblut die Kultur am Leben. Dafür
461 wollen wir das Programm „Zukunft durch Kultur“ weiter ausbauen. So unterstützen
462 wir hauptamtliche Kräfte und Ehrenamtliche dort, wo es nötig ist. Fachverbände
463 begleiten wir dabei, Programme für den Generationenwechsel und gesellschaftliche
464 Transformation zu gestalten.

465 **Kulturelle Bildung für alle**

466 Jeder junge Mensch soll unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Sprache mit
467 Kunst und Kultur in Kontakt kommen – in der Kita, in der Schule und danach.
468 Kulturelle Bildung soll fester Teil im schulischen Ganztag werden. Gemeinsam mit
469 den Trägern wollen wir Bibliotheken als niedrigschwellige Orte der Begegnung,
470 des Lernens und der sozialen Teilhabe stärker fördern. Programme wie „Jedem Kind
471 seine Kunst“, Kulturwandertage und kommunale Jugendkulturangebote wollen wir
472 fördern, denn sie machen junge Menschen neugierig auf Theater, Literatur oder
473 Musik. Wir wollen ein Förderprogramm für Kulturbusse einführen, damit Schulen
474 wieder mehr Fahrten zu Kultureinrichtungen unternehmen.

475 **Kultur braucht Raum – Infrastruktur stärken**

476 Ob Konzert, Kino oder Lesung: Kultur braucht Orte. Mit einem Programm „Dritte
477 Orte“ ermöglichen wir neue oder erweiterte Räume für Begegnung und Kultur, zum
478 Beispiel in Bibliotheken, Museen oder auch in leerstehenden Immobilien. Wir
479 setzen uns für ein Produktionshaus für die Freie Szene in RLP ein.
480 Kulturanbieter werden wir bei Maßnahmen zur Digitalisierung, zum Klimaschutz
481 oder zur Barrierefreiheit unterstützen. Gemeinsam mit der Energie- und
482 Klimaschutzagentur wollen wir ein „Grünes Kultursiegel“ als Zertifikat für
483 nachhaltig operierende Kultureinrichtungen entwickeln.

484 **Vielfalt willkommen heißen – Zugänge ermöglichen**

485 Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus dürfen auch in Kunst und Kultur
486 keinen Platz haben. Wir fördern daher Projekte, die den interkulturellen Dialog
487 unterstützen und auch einen Blick auf bisher unterrepräsentierte Perspektiven
488 ermöglichen. Für Menschen mit wenig Einkommen, vor allem für Kinder und
489 Jugendliche, setzen wir uns für günstige oder kostenlose Nutzung von
490 Kulturangeboten ein.

491 Zu niedrighschwelligem Kulturangeboten zählen auch Kinos: Im Rahmen der
492 Medienförderung RLP soll eine Filmfestival-Förderung etabliert werden.

493 **Kulturelles Erbe**

494 Rheinland-Pfalz verfügt über ein reiches historisches und kulturelles Erbe. Wir
495 wollen die Aufmerksamkeit für die SchUM-Stätten in Speyer, Worms und Mainz, die
496 nun UNESCO-Welterbe sind, erhöhen und die Vermittlungsarbeit dazu stärken.

497 Zum Umgang mit dem kulturellen Erbe gehört auch die Untersuchung von Sammlungen
498 auf mögliche Objekte, deren Herkunft im Zusammenhang mit NS-Raubgut oder
499 kolonialen Kontexten stehen könnte. Wir wollen eine Beratungsstelle für
500 Herkunftsforschung einrichten, die die Museen im Land bei dieser wichtigen
501 Aufgabe unterstützt.

502 **Kultur sichtbar machen**

503 Kultur in Rheinland-Pfalz ist vielfältig und wir wollen sie noch sichtbarer
504 machen. Wir wollen das Profil unserer Kulturlandschaft durch eine bessere
505 Vernetzung mit dem Tourismus und einer gezielten Marketingstrategie stärken.
506 Zusätzliche Kulturberater:innen-Stellen sollen die Aktiven vor Ort unterstützen
507 und regionale Kulturmanager:innen sollen helfen, örtliche Kulturprofile zu
508 entwickeln.

509 Wir GRÜNE wollen, dass Rheinland-Pfalz Schauplatz einer europäischen
510 Kulturhauptstadt wird – als starkes Zeichen für die lebendige und vielfältige
511 Kultur in unserem Land.

512 **Sport**

513 **Unsere Sportstätten zukunftsfest machen**

514 Die kommunalen und vereinseigenen Sportstätten machen wir fit für die Zukunft
515 und gestalten sie energieeffizient, nachhaltig und barrierefrei. Wir setzen uns
516 für deren Erhalt und den bedarfsorientierten Ausbau im Land ein. Insbesondere
517 Sportstätten mit überregionaler Bedeutung sollen zukünftig vom Land gefördert
518 werden.

519 Das gilt vor allem für unsere Schwimmbäder. Jedes Kind in Rheinland-Pfalz soll
520 nach der Grundschule schwimmen können. Dafür brauchen wir neben ausreichend
521 Schwimmlehrer:innen auch eine gute Bäderinfrastruktur. Unsere bestehenden
522 Schwimmbäder wollen wir daher mit einem Sonderförderprogramm erhalten und

523 sanieren. Wir unterstützen auch serielle Lösungen für neue Schwimmbäder, um
524 flächendeckend ausreichend Wasserfläche zu schaffen.

525 **Vereinsarbeit als Rückgrat des Sports stärken**

526 Unzählige Rheinland-Pfälzer:innen engagieren sich in unseren Sportvereinen im
527 Land. Die Wertschätzung für diese wichtige Arbeit soll sich auch finanziell
528 widerspiegeln. Wir wollen deshalb Zuschüsse für Übungsleiter:innen spürbar
529 anheben. Kooperationen zwischen Sportvereinen und Ganztagschulen wollen wir
530 weiter ausbauen, denn von diesen Modellen profitieren beide Seiten nachhaltig.

531 **Vielfalt und Inklusion im Sport leben**

532 Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt wollen wir auch im Sport umsetzen und
533 Projekte zur Gewaltprävention verstetigen. Wir unterstützen die Verbände und
534 Vereine weiterhin bei Projekten für Integration und Antidiskriminierung. Um
535 Inklusion auch im Sport weiter voranzutreiben, wollen wir die Förderung der
536 Special Olympics Rheinland-Pfalz und der Inklusionslots:innen fortsetzen.

537 **Koordination stärken**

538 Sportpolitik ist mehr als die Summe vieler Einzelmaßnahmen. Daher stehen wir für
539 eine verlässliche Unterstützung des organisierten Sports. Wir GRÜNE wollen eine
540 zentrale Ansprechstelle in der Landesregierung schaffen, die alle Maßnahmen des
541 Sports gebündelt koordiniert und gemeinsam mit dem organisierten Sport
542 strategisch weiterentwickelt.

543 **Lebendige Fankultur erhalten**

544 Sport lebt auch von der Leidenschaft seiner Fans. Wir GRÜNE stehen für eine
545 lebendige Fankultur, die auf Teilhabe, Respekt und Dialog setzt. Deshalb wollen
546 wir die Fanprojekte in Rheinland-Pfalz weiterhin unterstützen.

547 **E-Sport**

548 E-Sport ist ein wichtiger Bestandteil digitaler Jugendkultur, gesellschaftlicher
549 Teilhabe und Innovationskraft. Wir wollen einen modernen, inklusiven,
550 klimaneutralen und zukunftsgerichteten Ansatz im E-Sport vorantreiben. E-Sport-
551 Vereine möchten wir fördern und setzen uns für die Anerkennung ihrer
552 Gemeinnützigkeit auf Bundesebene ein.

553 **Europa und eine Welt**

554 **Grenzüberschreitende Beziehungen stärken**

555 Rheinland-Pfalz ist eng mit seinen Nachbarn Frankreich, Luxemburg und Belgien
556 verbunden. Wir GRÜNE wollen den grenzüberschreitenden Personennahverkehr weiter
557 ausbauen. Das Deutschlandticket soll auch in den angrenzenden Regionen unserer
558 Nachbarländer gelten. Auf Bundesebene drängen wir auf ein Ende der
559 Grenzkontrollen an den innereuropäischen Grenzen.

560 **Die EU weiterentwickeln**

561 Die EU-Strukturpolitik wollen wir sozial und ökologisch ausrichten und die EFRE
562 bzw. ELER-Mittel in Klimaschutz und eine klimafreundliche Wirtschaft
563 investieren. Wir setzen uns für eine offene, plurale und rechtsstaatliche EU
564 ein. Die Umsetzung des Green Deal treiben wir voran. Die EU wollen wir
565 perspektivisch zur Föderalen Europäischen Republik weiterentwickeln.

566 **Europa in Rheinland-Pfalz**

567 Für EU-Bürger:innen wollen wir auch ein Wahlrecht bei den Landtagswahlen. Zur
568 Verbesserung der europäischen Ausrichtung der Verwaltung wollen wir
569 Austauschprogramme für Mitarbeitende der Landes- und Kommunalverwaltungen
570 einführen. Unsere Landesvertretung in Brüssel möchten wir auch personell
571 stärken. Die Beantragung und Akquise europäischer Mittel durch Hochschulen,
572 Unternehmen und Kommunen wollen wir durch eine Landesförderung unterstützen. Für
573 Jugendliche wollen wir jährlich Interrail-Tickets verlosen.

574 **Unsere Eine Welt**

575 In Deutschland und Rheinland-Pfalz tragen wir eine Verantwortung für die
576 Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen in anderen Ländern der Welt. Wenn es
577 den Menschen dort gut geht, wo sie leben, müssen sie nicht vor Krieg, Hunger
578 oder Klimaveränderung flüchten. Deshalb müssen wir die öffentliche Beschaffung
579 von Land und Kommunen nach sozialen und ökologischen Kriterien gestalten. Dafür
580 brauchen wir verbindliche Regeln zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und
581 eine Koordinierungsstelle des Landes.

582 **Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda**

583 Unsere über 40-jährige Partnerschaft mit Ruanda wollen wir weiter ausbauen. Vor
584 dem Hintergrund des Ostkongo-Konfliktes müssen wir differenzieren zwischen den
585 politischen Kontakten, die wir derzeit vermeiden sollten, und der
586 Graswurzelpartnerschaft, die wir weiter fördern wollen. Insbesondere Demokratie
587 und Rechtsstaat wollen wir fördern. Dazu gehört auch unser Kontakt zur
588 Demokratischen Grünen Partei Ruandas. Auch gemeinsame Projekte im Bereich

589 Barrierefreiheit/Inklusion wollen wir anstoßen.

590 **Unterstützung der Ukraine**

591 Russland bedroht das demokratische und freiheitliche Europa. Wir GRÜNE
592 unterstützen die Ukraine und die mittel- und osteuropäischen Staaten und
593 schützen damit Europa als Ganzes. Wir wünschen uns weiterhin eine regionale
594 Partnerschaft mit einer Region in der Ukraine. Auch unterstützen und fördern wir
595 kommunale Partnerschaften mit der Ukraine.

596 **Frieden**

597 Aktive Friedenspolitik ist maßgeblicher Antrieb für das politische Handeln für
598 uns GRÜNE. Wir setzen uns prioritär immer für zivile Strategien und Abrüstung
599 ein.

600 **Friedensakademie in Rheinland-Pfalz stärken**

601 Die Friedensakademie Rheinland-Pfalz arbeitet sehr erfolgreich in der
602 Friedenspädagogik, in der Vernetzung friedenspolitischer Aktivitäten und in der
603 internationalen Zusammenarbeit. Die aktuelle Weltlage stellt hohe Anforderungen
604 an die Friedens- und Konfliktforschung. Wir wollen daher die finanzielle und
605 personelle Ausstattung der Friedensakademie spürbar verbessern, damit ihre
606 Arbeit gesichert werden kann.

607 **Keine Atomwaffen in Rheinland-Pfalz**

608 Wir wollen keine Atomwaffen in Rheinland-Pfalz. Wir fordern die Bundesregierung
609 auf, den UN-Vertrag über das weltweite Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen.

610 **Rheinland-Pfalz und seine internationalen Beziehungen**

611 Wir wollen die finanzielle Unterstützung der Friedensorganisation Givat Haviva,
612 die sich für die jüdisch-arabische Verständigung einsetzt, ausbauen. Diese Art
613 des kulturellen Dialogs soll auch bei uns in Rheinland-Pfalz in die pädagogische
614 Arbeit einfließen.

615 Rheinland-Pfalz ist eng mit den USA verbunden. Wir wollen in Zeiten schwieriger
616 transatlantischer Beziehungen den Austausch mit demokratischen Akteur:innen
617 aufrechterhalten und sehen in der Atlantischen Akademie hier eine wichtige
618 Partnerin.

619 **Zivile Strategien verfolgen – die Interessen der Bevölkerung vertreten**

620 Militärischer Flug- und Bodenlärm stellt eine Belastung für die Menschen dar.
621 Wir wollen diesen u. a. durch die Polygone und TRA Lauter verursachten Fluglärm
622 reduzieren. Zur Kontrolle von Treibstoffschnellablässen wollen wir mehr
623 Messstellen.

624 Ehemalige Militärflächen sollen den Menschen zurückgegeben werden: für
625 bezahlbares Wohnen, für den Ausbau Erneuerbarer Energien und für nachhaltige
626 Gewerbegebiete ohne weitere Flächenversiegelung.

627 Wir unterstützen Akteur:innen, die Friedensbildung an Schulen stärken wollen.
628 Die Wiedereinführung einer allgemeinen Wehrpflicht lehnen wir deutlich ab.